



**Tischvorlage  
zur Mitgliederversammlung 2019**

**Top 2, hier: Informationen aus der / Bezugspunkte zur BV-Arbeit 2018-2019**

1. Gesprächsvermerk BV - Stiftung Denkmal (31.01.2019)
2. PM zur Neufassung der BMF-Richtlinien vom 23. Januar 2019 über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen (AKG-Härterichtlinien)
3. Medienberichte zum Thema ND v. 31.01.2019 und Spiegel-Online vom 31.01.2019
4. taz –nord- Bericht v. 5.02.2019 über Gedenkort „Hotel Silber“ in Stuttgart
5. „Auch Werkzeuge der Täter“ – LWL präsentiert Ausgrabungsfunde über Massenerschießungen von Zwangsarbeiter/innen (Soester Anzeiger 20.02.19 + Zusatzinfos von / über Nadja Thelen-Khoders emsige regionalgeschichtliche Forschung)
6. Belgien fordert Ende deutscher Rentenzahlungen an NS-Kollaborateure, Tagespiegel 20.02.19
7. Mehr rechtsextreme Bundeswehr-Soldaten enttarnt, FR 9.03.2019
8. Verräter oder Helden? Wehrmachtdeserteure wie Ludwig Baumann prägte der Kampf um Anerkennung. SPIEGEL-Geschichte 2/2019, S.81-83 (Ende März 2019)
9. „Nazi-Narrative wirken fort“ – taz-Interview zur Reha von „Asozialen“ (9.4.2019)
10. Parlament-Info vom 15.04.19 (zum damals aktuellen Stand )
11. Landtag befasst sich mit Straßennamen/SZ v. 12.04.19 Protest gegen anhaltende Nazi- Benennung von Straßen/Plätzen/Liegenschaften, insbes. der Bundeswehr
12. Gedenkstätten-Beschmierung in Sahlenburg, Cuxhavener Nachrichten 23.04.19
13. Von Einzelfällen kann keine Rede mehr sein – Mehr Aufklärung über Rechtsextremismus in der Bundeswehr gefordert. W. Wette referiert beim „Darmstädter Signal“ (Badische Zeitung 29.05.19)
14. BV appelliert an Deutschen Bundestag, die von den Nazis als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ diffamierten als NS-Opfer anzuerkennen (zum 5. Juli 2019)
15. Kampf gegen das Vergessen – Horst Mohr klärt in Franken auf über Verdrängtes, Vertushtes, Geschöntes. Neue Presse (Coburg) vom 16.09.2019
16. Nazi-Held hat ausgedient – Lent-Kaserne wird umbenannt, taz-nord 15.10.2019
17. „Aufklärung musste von außen kommen“ Hannes Heer über D nach 45, taz 19.10.19
18. Wolfram Wette: „Widerstand gegen Nationalsozialismus in Kollnau“ (Beitrag zu einem Stadtrundgang mit aktuellen Bezügen am 13.10.2019)
19. Kurzbericht über Festveranstaltung am 16.10.2019 in Wien anlässlich Richard Wadanis Desertion aus der Wehrmacht vor 75 Jahren.
20. Was kann man besseres tun, als den Krieg zu verraten? Bericht über die Einweihung des Deserteurdenkmals in Köln-Dünnwald. ELDE-Info Nr. 81 (Nov-Dez 19), Seite 16
21. BV-Stellungnahme zum Antrag CDU/CSU und SPD, „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ als NS-Opfer anzuerkennen, 4.11.2019

...

(Stand: 12.11.2019)

ehemaliger Vorsitzender (1990-2018):  
Ludwig Baumann (\* 13.12.1921, † 5.07.2018)  
Vorsitz aktuell vakant.

Schriftführer: Günter Knebel  
E-Mail: [Info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](mailto:Info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de)

Wissenschaftlicher Beirat  
Ehrevorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /  
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /  
Beisitzer: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /  
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /  
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.



Vermerk an Beirat und Vorstand BV Opfer NS-Militärjustiz, nachrichtlich: BV-Mitglieder (nur MV-Teilnehmer/innen)

Über das Gespräch mit Vertretern der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, Herren Uwe Neumärker, Direktor, und Dr. Ulrich Baumann, stellv. Direktor, und Herren Prof. Dr. Wolfram Wette, Vors. Wiss. Beirat, und Günter Knebel, Schriftführer im Vereinsvorstand für die Bundesvereinigung. Ort: Stiftung Denkmal, Georgenstraße 23, 11017 Berlin; Zeit.: 31. Januar 2019, 13.00 – ca. 14.15 h

Das Treffen fand im Nachgang zur Gedenkstunde 2019 des Deutschen Bundestages an die Opfer des Nationalsozialismus statt. Themen waren der Gedankenaustausch über aktuelle Aufgaben, potentielle Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Austausch über politische Herausforderungen. G. Knebel dankte für die entgegenkommende Gesprächsbereitschaft. Sie wurde erbeten auf Anregung der jüngsten Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung. Die Frage U. Neumärkers nach der Zahl der BV-Mitglieder beantwortet Knebel mit ca. 30. (Ergänzend könnte hier nachträglich der Verteiler von etwa 150 thematisch Interessierten mitgeteilt werden, formal keine Mitglieder, aber zum ‚informellen Netzwerk‘ gehörig.) Die Mitgliederversammlung hatte im November 2018 bekräftigt: „Die Zusammenarbeit mit der >Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas< möge verstärkt werden... Beirat und Vorstand sind gebeten, mit den Gremien und Funktionsträgern der >Stiftung Denkmal< ... das Gespräch zu suchen.“ Als „Gastgeschenk“ wurde die Broschüre Ludwig Baumanns „Ich wollte nur leben“ überreicht, verbunden mit Anerkennung und Dank für die bisherige Zusammenarbeit mit der Stiftung, die sich vor allem mit der Wanderausstellung „Was damals Recht war...“ verbindet.

Deren Wanderung seit 2007 in bisher 48 Stationen, an denen mehr als 100.000 Besucher/innen gezählt wurden, erläutert U. Baumann und informiert über den aktuellen Standort und geplante Stationen bis zum Jahr 2021. Die Gesprächsteilnehmer sind sich einig, dass die Wanderausstellung die Erinnerung an das Unrecht der Wehrmachtjustiz wachhält und zugleich auf die gesellschaftliche Wahrnehmung der gesetzlichen Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz hinwirkt und diese verstärkt. Letzteres könnte und sollte laut U. Baumann durch Erweiterungen der Ausstellung um bestimmte Opfergruppen-Repräsentant/innen, z.B. Homosexuelle, Sinti und Roma, u.a.m., in möglichst naher Zukunft noch stärker spezifiziert werden. Als besonders verdienstvoll werden auch die regelmäßigen Begleitprogramme angesehen, die nicht selten mit lokalen oder regionalen Forschungsarbeiten zum Unrecht der Wehrmachtjustiz verbunden sind. Übereinstimmung besteht auch darin, dass die Bedeutung des Themas NS-Justiz zentral ist für das Verständnis der NS-Geschichte. Insoweit dürfte und sollte das Interesse an dieser Wanderausstellung in Zukunft noch zunehmen. W. Wette regt an, mit der Ausstellung und deren Begleitprogrammen auch das Fortwirken der Justiz-Eliten in der frühen BRD in den Blick zu nehmen, um insbesondere bei wünschenswerten Präsentationen im Hochschul- und Justizbereich dauerhaft aktuell zu bleiben. Einige Gedanken/Anregungen zu wünschenswerten Standorten werden ausgetauscht. Die Feststellung, dass die wissenschaftliche Literatur zum Thema Wehrmachtjustiz in jüngster Zeit enorm gewachsen ist, wie die aktuelle Neuerscheinung >Hamburg und die Wehrmachtjustiz im Krieg< einmal mehr belegt, wird von den Gesprächspartnern geteilt. Die Stiftung Denkmal beobachtet die fortschreitende Literaturlage nicht nur, sondern wertet sie auch anwendungsbezogen für die Wanderausstellung aus: Auf die Arbeit von Kerstin Theis, Die Wehrmachtjustiz an der >Heimatfront<. Die Militärgerichte des Ersatzheeres im Zweiten Weltkrieg, Berlin 2016, wird als Beispiel hingewiesen.

Die mit dem Aufkommen der Partei und Bundestagfraktion AfD entstehende politische Herausforderung wird abschließend kurz erörtert: Die Äußerungen aus dem rechtsradikalen Rand oder auch dem Zentrum dieser Partei zur Militär- und Erinnerungspolitik betreffen mit den Themen „Schuldhaft“ und Bild der Wehrmachtsoldaten auch die NS-Militärjustiz, sind aber bisher nicht gezielt weitergeführt oder gar als Angriff an die Stiftung oder die Bundesvereinigung adressiert worden. Dennoch bleibt diesbezüglich größte Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft geboten, insbesondere wenn diese Partei und Fraktion sich in der jetzigen Präsenz in Parlamenten etablieren und durch eine parteipolitische Stiftung weiteren Einfluss generieren sollte. Weitere Anmerkungen, die nicht protokolliert sind, haben das in verbindlich-freundlicher Atmosphäre geführte Gespräch ausklingen lassen. Auch durch die Mitgliedschaft der Bundesvereinigung im Beirat der Stiftung Denkmal bleibt die durch das Gespräch bekräftigte Verbindung für weitere Zusammenarbeit erhalten.

Datum: 7. Februar 2019 gesehen: gez. W. Wette

Protokoll: G. Knebel

Vorsitzender:  
Ludwig Baumann (\* 13.12.1921, † 5.07.2018)

Schriftführer: Günter Knebel  
E-Mail: info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Wissenschaftlicher Beirat  
Ehrendirektor: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /  
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /  
Beisitzer: Dr. Detlef Garbe, Hamburg /  
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /  
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.



Pressemitteilung / Information für Medien

4. Februar 2019

**BMF-Neuregelung ab 1. Januar 2019:**

**Härteleistungen für NS-Opfer bleiben ungekürzt, auch bei Umzug ins Pflegeheim!**

Einen Tag vor der Bundestags-Gedenkstunde zum 27. Januar 2019, der seit 1996 Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus ist, wurde im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom Bundesministerium der Finanzen bekannt gegeben, dass die Durchführung der Richtlinien über Härteleistungen an Opfer nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG-Härterichtlinien) ab 1. Januar 2019 geändert worden ist. Nach der neuen Richtlinie<sup>1</sup> erhalten sowohl Berechtigte nach § 6 Abs. 2 AKG-Härterichtlinien, die ab dem 1. Januar 2019 in ein Alten- oder Pflegeheim umziehen, als auch Berechtigte, die vor dem 1. Januar 2019 in ein Alten- oder Pflegeheim umgezogen sind, „Leistungen in der Höhe, die sie zum Zeitpunkt des Umzugs erhalten haben, mindestens jedoch laufende Leistungen in der Höhe nach § 5 AKG-Härterichtlinien (derzeit 415,- Euro).“<sup>2</sup>

Diese Neuregelung hebt die vorausgegangene jahrelange Praxis auf, Leistungsbezieher/Innen bei Umzug in ein Pflegeheim die Bezüge zu kürzen, vorgeblich weil andere Einrichtungen einen Teil der Kosten übernehmen, für die die Leistungen gezahlt würden. Unabhängig von der Fragwürdigkeit dieser Annahme, konnte diese Kürzung von Betroffenen als demütigende Brückierung empfunden werden, weil der oft mühsam errungene Leistungsbezug für erlittenes Unrecht entschädigen sollte, das durch einen Umzug nicht gemindert wird. Mit der Neuregelung verbunden ist eine leichte Erhöhung des Betrages laufender Leistungen nach § 5 AKG, der von 352 Euro auf 415 Euro angehoben wurde. Die Kritik an der bis 2018 geltenden Alt-Regelung wurde bekannt nach dem Tod von Ludwig Baumann, dem Vorsitzenden der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Weil die Meldung seines gesundheitlich bedingten Wohnsitzwechsels in ein Altenpflegeheim unterblieben war, wurden er und seine Familie posthum mit der Forderung konfrontiert, eine errechnete „Überzahlung“ in Höhe von mehreren tausend Euro an die Staatskasse zu überweisen. Dieser peinlich-makabre Behördenvorgang fand hierzulande wie in Nachbarländern Aufmerksamkeit und warf die Frage auf: Wie geht Deutschland mit den letzten überlebenden NS-Opfern um?

Die nun vom BMF vorgelegte Neuregelung der Richtlinien ab 2019 wird von der Bundesvereinigung begrüßt. Allen Unterstützer/innen unseres Protestes gegen mangelndes behördliches Einfühlungsvermögen sagen wir herzlichen Dank. Besonders dankbar sind wir für sach- und fachkundigen Zuspruch, den wir erhalten haben. Das schließt den Dank für die parlamentarische Initiative und Mithilfe ein, die seitens der Bundestagsfraktion Die Linke bestens<sup>3</sup> dokumentiert ist, uns aber auch aus den Reihen der Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen erreicht hat.

Noch unter dem Eindruck der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die NS-Opfer, die am 31. Januar 2019 stattgefunden hat, drängt sich uns auch weiterhin die Frage auf, wie Deutschland mit den letzten überlebenden Opfern umgeht. Die geringe Erhöhung der Härteleistung für eine kleiner werdende, schwindende Opfergruppe bleibt deutlich unter dem Betrag der geforderten BEG-Mindestrente. Das steht u.E. in einem bemerkenswerten Kontrast - zu berechtigten Erwartungen, die sich mit dem Gedenktag verbinden, wie zum deutschem Bundeshaushalt, der täglich nahezu tausend Millionen Euro (= 1 Milliarde €) verausgibt. Es bleibt also noch viel zu tun, alle Betroffenen ein würdiges NS-Opfergedenken erleben zu lassen.

Auskunft/Rückfragen: Günter Knebel, Kontaktdaten s.o., mobil: 0151-20122194

<sup>1</sup> GZ: V B 3 VV 5027/13/10004 vom 23. Januar 2019, Dok: 2019/0056433

<sup>2</sup> Wortlaut der Richtlinie: <http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Datelen/Pbab2019/VO-RillHaertelstgn-NS-Opfer20190123.pdf>

<sup>3</sup> Link zur Drs. 19/4884 vom 10.10.2018 <http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Datelen/Stellungnahmen/1904884antrag.pdf>

Vorsitzender:  
Ludwig Baumann (\* 13.12.1921, † 5.07.2018)

Schriftführer: Günter Knebel  
E-Mail: [info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](mailto:info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de)

Wissenschaftlicher Beirat  
Ehrevorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /  
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /  
Beisitzer: Dr. Detlef Garbe, Hamburg /  
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /  
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, Postfach 1304, 53003 Bonn

**Per E-Mail**

**Generalzolldirektion  
Service-Center Köln  
- Versorgung -**

HAUPTANSCHRIFT Dienstsz Bonn  
Am Propsthof 78a  
BEARBEITET VON Berthold Bachem  
REFERAT/PROJEKT V B 3  
TEL. +49 (0) 228 99 682-2577 (oder 682-0)  
FAX +49 (0) 228 99 682-882577  
E-MAIL VBS@bmf.bund.de  
DATUM 23. Januar 2019

**BETREFF Durchführung der Richtlinien über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG-Härterichtlinien)**

**OK V B 3 - VV 5027/13/10004**

**DOK 2019/0056433**

*(bei Anwalt bitte OK und DOK angeben)*

**Im Wege einer geänderten Verwaltungspraxis bitte ich bei den ergänzenden laufenden Leistungen in besonderen Notlagen (§ 6 AKG-Härterichtlinien) wie folgt zu verfahren:**

- 1. Berechtigte nach § 6 Absatz 2 AKG-Härterichtlinien, die ab dem 1. Januar 2019 in ein Alten- oder Pflegeheim umziehen, erhalten weiterhin Leistungen in der Höhe, die sie zum Zeitpunkt des Umzugs erhalten haben, mindestens jedoch laufende Leistungen in der Höhe nach § 5 AKG-Härterichtlinien (derzeit 415,- Euro).**
- 2. Berechtigte nach § 6 Absatz 2 AKG-Härterichtlinien, die vor dem 1. Januar 2019 in ein Alten- oder Pflegeheim umgezogen sind, erhalten ab dem 1. Januar 2019 Leistungen in der Höhe, die sie zum Zeitpunkt des Umzugs erhalten hatten, mindestens jedoch laufende Leistungen in der Höhe nach § 5 AKG-Härterichtlinien (derzeit 415,- Euro).**
- 3. Ich bitte, alle betroffenen Zahlungsfälle möglichst zeitnah von Amts wegen aufzugreifen und nach diesem Erlass zu verfahren.**

**Im Auftrag  
Nigbur**

*Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist nur im Entwurf gezeichnet.*

# Bundesregierung lenkt im Streit um gekürzte NS-Opferrenten ein

## Opfern des Nationalsozialismus wird nicht mehr die Rente gekürzt, wenn sie in ein Pflegeheim ziehen / Aktuell noch 26 Fälle



Foto: dpa/Daniel Bockwoldt

Berlin. Die Bundesregierung hat Opfern des Nationalsozialismus bei einem Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim bisher die Opferrente gekürzt - das Finanzministeriums hat diese umstrittene Regelung nun aufgehoben. Alle Berechtigten, die seit Januar in ein solches Heim umgezogen sind, »erhalten weiterhin Leistungen in der Höhe, die sie zum Zeitpunkt des Umzugs erhalten haben«, heißt es in der Durchführungsanordnung. Sie richtet sich an die für die Zahlungen zuständige Generalzolldirektion Köln und liegt der Deutschen Presse-Agentur vor.

Mindestens sind 415 Euro zu zahlen. Für Berechtigte, die vor 2019 in einen Heim umgezogen sind, gilt die Neuregelung mit Wirkung zum Jahresbeginn. Das

Ministerium hatte bisher argumentiert, dass bei einem Umzug in ein Heim sich der finanzielle Bedarf der NS-Opfer ändert, weil andere Einrichtungen hinzutreten, die Kosten übernehmen.

Die Kürzungsregelung war unter Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) eingeführt worden - die LINKE hatte den amtierenden Minister Olaf Scholz (SPD) aufgerufen, die Praxis zu ändern.

Auslöser der Debatte war vor allem der Fall des Wehrmachtsdeserteurs und Friedensaktivisten Ludwig Baumann, der am 5. Juli 2018 verstorben war. Weil er zu spät den Umzug in ein Pflegeheim gemeldet hatte, erhielt sein Sohn nach dem Tod eine Rückzahlungsforderung über rund 4000 Euro. Baumann, der wegen Kriegsverrats erst zum Tode verurteilt und dann in ein KZ gekommen war, bezog seit 1993 Opferrente. 2017 zog der Träger des Aachener Friedenspreises in ein Heim - statt 660 Euro wurden ihm nur noch 352 Euro »Heimtaschengeld« bewilligt.

Laut Bundesregierung gibt es aktuell noch 26 Fälle, auf die die Neuregelung zutrifft. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linksfraktion, Jan Korte, sagte, der Vorstoß des Finanzministeriums sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. »Er war allerdings längst überfällig, um die beschämende und diskriminierende Kürzung der Härteleistung für die wenigen noch lebenden Opfer zu beenden.« Die Änderung sei auch das Resultat der Proteste der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz sowie eines entsprechenden Linken-Antrags. Notwendig sei aber statt 415 Euro eine Zahlung von mindestens rund 540 Euro im Monat, so Korte. *dpa/nd*

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1111260.ludwig-baumann-bundesregierung-lenkt-im-streit-um-gekuerzte-ns-opferrenten-ein.html>

## **Kürzung aufgehoben**

### **Bundesregierung lenkt im Streit um NS-Opferrenten ein**

**Opfer des Nationalsozialismus haben auch nach einem Umzug in ein Pflegeheim Anspruch auf die volle Opferrente. Die bisher geltende Kürzung hat das Finanzministerium nun abgeschafft.**

Bislang hat die Bundesregierung Opfern des Nationalsozialismus bei einem Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim die Opferrente gekürzt. Das Finanzministerium hat diese umstrittene Regelung nun aufgehoben. Alle Berechtigten, die seit Januar in ein solches Heim umgezogen sind, "erhalten weiterhin Leistungen in der Höhe, die sie zum Zeitpunkt des Umzugs erhalten haben", heißt es in der Durchführungsanordnung. Sie richtet sich an die für die Zahlungen zuständige Generalzolldirektion Köln.

Mindestens sind 415 Euro zu zahlen. Für Berechtigte, die vor 2019 in ein Heim umgezogen sind, gilt die Neuregelung mit Wirkung zum Jahresbeginn. Das Ministerium hatte bisher argumentiert, dass bei einem Umzug in ein Heim sich der finanzielle Bedarf der NS-Opfer ändert, weil andere Einrichtungen hinzutreten, die Kosten übernehmen.

Die Kürzungsregelung war unter Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) eingeführt worden - die Linke hatte den amtierenden Minister Olaf Scholz (SPD) aufgerufen, die Praxis zu ändern.

### **Linkspartei spricht von einem überfälligen Schritt**

Auslöser der Debatte war vor allem der Fall des Wehrmachtsdeserteurs und Friedensaktivisten Ludwig Baumann, der am 5. Juli 2018 verstorben war. Weil er zu spät den Umzug in ein Pflegeheim gemeldet hatte, erhielt sein Sohn nach dem Tod eine Rückzahlungsforderung über rund 4000 Euro. Baumann, der wegen Kriegsverrats erst zum Tode verurteilt und dann in ein KZ gekommen war, bezog seit 1993 Opferrente. 2017 zog der Träger des Aachener Friedenspreises in ein Heim - statt 660 Euro wurden ihm nur noch 352 Euro "Heimtaschengeld" bewilligt.

Laut Bundesregierung gibt es aktuell noch 26 Fälle, auf die die Neuregelung zutrifft. Der Parlamentsgeschäftsführer der Linksfraktion, Jan Korte, sagte, der Vorstoß des Finanzministeriums sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. "Er war allerdings längst überfällig, um die beschämende und diskriminierende Kürzung der Härteleistung für die wenigen noch lebenden Opfer zu beenden."

Die Änderung sei auch das Resultat der Proteste der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz sowie eines entsprechenden Linken-Antrags. Notwendig sei aber statt 415 Euro eine Zahlung von mindestens rund 540 Euro im Monat, so Korte.

Der Bundestag gedenkt am Donnerstag der Opfer des Nationalsozialismus (ab 9 Uhr). Die Gedenkrede hält der israelische Historiker und Holocaust-Überlebende Saul Friedländer. Anlass der Gedenkstunde im Bundestag ist der 74. Jahrestag der Befreiung des Nazi-Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Die Rote Armee hatte dort am 27. Januar 1945 die Überlebenden befreit.

cte/dpa

**URL:**

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-lenkt-im-streit-um-gekuerzte-ns-opferrenten-ein-a-1250861.html>

© SPIEGEL ONLINE 2019

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung



# Die Zentrale des Gestapo-Terrors

## Der Gedenkort „Stadthaus“ in Hamburg ist eine Blamage. Im Stuttgarter „Hotel Silber“ ist zu sehen, wie es hätte werden können

Aus Stuttgart Frank Kell

Es ist ein Gründerzeithaus der Stuttgarter Innenstadt, nur ein paar Minuten Fußweg vom Bahnhof entfernt. In der Dorotheenstraße Nummer 10 steht das ehemalige „Hotel Silber“, das ab 1933 Zentrale der Politischen Polizei Stuttgart und ab 1936 Leitstelle der Gestapo war. Seit dem vergangenen Dezember beherbergt es einen Erziehungsort.

Die Parallelen zu Hamburg sind deutlich: Auch dort befindet sich der frühere Sitz von Gestapo, Kripo und Sicherheitsdienst, das „Stadthaus“, in bester Innenstadtlage. In Stuttgart war geplant, das geschichtsträchtige Gebäude rigoros abzureißen und etwas Neues zu bauen; in Hamburg sollte komplett umgebaut werden. In beiden Städten sollte insgesamt inmitten des konservativen baulichen Neubeginns eine Art kleinerer Gedenk- und Informationsort entstehen. Nur gibt es einen entscheidenden Unterschied: In Stuttgart ist schließlich das Projekt einer Informations- wie würdigen Erinnerungstätte überzeugend gelungen. In Hamburg ist man nach derzeitigen Stand kirschend gescheitert.

Dort beginnt die neue Geschichte des Stadthauses, das die neuen Eigentümer unter dem verbotenen Namen Stadthöfe vermarkten, als der damalige CDU-Senat 2009 das Gebäude für 54 Millionen Euro an den Immobilien-Entwickler Quantum verkauft. Der wandelt

das Gebäude um, schiebt es auf. Heute ist ein hochpreisiges Hotel eingezogen, dazu gesellen sich Gastronomie und exquisites Einzelhandel, Glas und Stahl bestimmen die Szenarien.

Anfangs waren im Erdgeschoss 700 Quadratmeter für einen Informations- und Gedenkort eingeplant und auch vertraglich mit der Stadt vereinbart. Doch nun lädt auf der vorgesehenen Fläche ein Café zum Verweilen ein, eine Buchhandlung zum Bücherkaufen. Wer etwas über die Historie des Ortes erfahren möchte, findet sich auf lediglich 70 Quadratmetern Ausstellungsfläche wieder.

Bei den dort präsentierten Materialien und Dokumenten handelt es sich mitnichten um die geplante Dauerausstellung zur NS-Geschichte des Stadthauses. Denn obwohl seit 2009 feststand, dass es diese Ausstellung geben soll, wurde bei der Eröffnung neun Jahre später lediglich eine Art Best-of einer Ausstellung über die NS-Geschichte der Hamburger Polizei aus dem Jahr 2012 präsentiert. Eine eigene auf den Raum zugeschnittene Dauerausstellung werde derzeit unter der Regie der KZ-Gedenkstätte Neuengamme erarbeitet, heißt es aus der zuständigen Hamburger Kulturbehörde. Zu sehen sein sollte sie zunächst im Sommer 2019, nun soll es der Herbst werden.

Da hat man in Stuttgart ganz anders gehandelt, auch wenn es kein leichter Weg dorthin war:



Nach dem Krieg lieber weggebracht: Hakenkreuzfahrten am Hotel Silber Foto: Stadtarchiv Stuttgart

„Auch bei uns hatte das Land als Eigentümer des Gebäudes mit dem Kaufhaus Breuninger einen Partner mit eigenen Interessen“, beginnt Friedemann Rincke zu erzählen, einer der beiden Kuratoren der Dauerausstellung im Hotel Silber. „Das ist ja auch nicht verwerflich. Aber dagegen hat sich Widerstand formiert und es hat ein anderes Ende genommen.“ Rincke war vorher in der Gedenkstätte Buchenwald und im Deutschen Museum Karlshorst tätig. Als er nach Stuttgart kam, sei der Stand folgender gewesen, erinnert er sich: „Hier entsteht ein Quader mit einem Einkaufszentrum und weiteren Verkaufsfächern.“ Budgetiert war, wie in Hamburg, dass im Rahmen des Neubaus ein Informationsort eingerichtet werden sollte: „Was mit Polizei und Nationalsozialismus, konzeptionell war das noch sehr unsäuerlich“, sagt Rincke.

Es folgte Stuttgart 21, Protest und Empörung prägten die Stadt. Die Bürger, die sich zuvor in der „Initiative Hotel Silber“ zusammengeschlossen hatten, um den Ort zu retten, ließen nicht locker: Mit Demonstrationen und Unterschriftenlisten, mit Eingaben und Flash-Mobs sorgten sie für anhaltende Aufmerksamkeit.

Schließlich die Landtagswahl 2011 mit dem überraschenden Ergebnis, dass sich an der Seite des Grünen Ministerpräsidenten Wilfried Kretschmann die

SPD als Juniorpartner in der Landesregierung wiederfand. Das sollte das Projekt „Hotel Silber“ befähigen, für das die SPD im Wahlkampf gewonnen hatte. „Es war die Landes-SPD, die das Hotel Silber zu ihrem Hezzenprojekt gemacht hat“, sagt Rincke. Dessen Realisierung ließ sie nun in den Koalitionsvertrag eintragen. „Und damit war der Erhalt des Gebäudes politisch abgesegnet.“

Es folgte eine längere Planungsphase, immer unter dem kritischen Blick der Bürgerinitiative. „Es gab anfangs alle Varianten – von ‚wir brauchen das ganze Haus‘ bis ‚eine Etage muss reichen‘“, so Rincke. Am Ende musste er eine schmerzliche Klärung hinnehmen: „Wir hatten gedacht, dass wir die Dauerausstellung auf zwei Stockwerken präsentieren können, das mussten wir halbieren.“ So ist es nun eine Gesamtfläche von 1400 Quadratmetern mit 330 Quadratmetern reiner Dauerausstellungsfläche geworden. „Für mich ist das knapp an der kritischen Masse, wo man es noch vernünftig machen kann“, sagt Rincke. Wo man einen thematischen roten Faden spannen könne, der halte, wo man keine allzu großen zeitlichen Sprünge machen und nicht zu viele Themen vergessen müsse.

Wereinhalb Millionen Euro wurden in die Sanierung des Gebäudes investiert; in den Innenräumen und die Gestaltung der Stuttgarter Dauerausstellung flossen drei Millionen Euro. Jährlich steht der Einrichtung ein Etat in Höhe von 560.000 Euro zur Verfügung. „Er sichert uns ein vernünftiges Überleben, auch wenn wir keine allzu großen Sprünge machen können“, sagt er.

Inzwischen kann das Haus mehr bieten als nur seine Dauerausstellung: 270 Quadratmeter sind für Wechselausstellungen vorgesehen; zur Verfügung stehen außerdem zwei Seminarräume und mit dem 125 Quadratmeter großen ausgestatteten Foyer ein Veranstaltungszentrum.

Für ein vergleichbares Angebot sollen im Hamburger Stadthaus übrigens die schon erwähnten 70 Quadratmeter reichen für „Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inse-

nierungen, Dokumentationen“, so listet es eine Senatsdrucksache auf.

Grundsätzlich anders ist in Stuttgart auch der Umgang mit Akteuren außerhalb der Stadtverwaltung. Die wollte man in Hamburg zunächst außen vor lassen, auch wenn etwa die Hamburger Geschichtsinitiativen sich frühzeitig bei der verantwortlichen Kulturbehörde nach dem Stand der Konzeption erkundigt und ihre Mitarbeit angeboten hatten. Erst als

### Jeder Text und jede Beschriftung ist in Stuttgart mit der Bürgerinitiative diskutiert

durchsuchte, wie sich die Ausstellungsfläche immer weiter verkleinerte, als der Projektleiter Quantum die Oberleitung zum Keller mit den ehemaligen Gefängniszellen mit Notensprüchen wie „Kopp hoch, Chéris“ versierte und nicht nur Angehörige von hier misshandelten NS-Opfern vor den Kopf stieß, als sich die Geschichtsinitiativen und Vertreter der Angehörigen-Verbände ehemaliger NS-Verfolgter zur „Initiative Lernort Stadthaus“ zusammenschlossen – als also schlicht immer mehr Ärger in der Luft lag, wurde ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet. Der hat aber lediglich beratende Funktion; die Hamburger Kulturbehörde kann ihn anhören, er hat aber nichts mitentscheidend.

Im Stuttgarter Hotel Silber sitzt man dagegen längst an einem Tisch. „Es war schnell klar, dass die Bürgerinitiative mit im Boot bleibt und auch akzeptiert wird und nicht nach und nach weggedrängt wird“, sagt Friedemann Rincke. Aber die Bereitschaft der Stadt zur Beteiligung und das Aufeinanderzugehen beider Seiten habe sich gelohnt. „Die Beteiligung der Bürgerinitiative, in welchen Gremien sie sitzt, welches Stimmrecht sie

dort jeweils hat, aber auch ihre Pflichten wurden am Ende vertraglich geregelt“, so Rincke. Er betont mit einigem Stolz in der Stimme: „Allen, was Sie heute hier sehen, jeder Text und jede Beschriftung ist mit der Initiative diskutiert.“ Er holt tief Luft und sagt: „Wirdlich jeder Satz!“ Gewiss, das sei mühsam gewesen – je mehr Beteiligte zusammenkämen, desto mehr Meinungen und Einschätzungen gebe es.

Das fängt an im Eingangsbereich, wo anhand nur weniger Exponate pointiert die Nachkriegsgeschichte des Gebäudes erzählt wird – etwa mit einem Foto der Fassade, auf dem in den Nachkriegsjahren die Hakenkreuzfahrten lieber wegräutert wurden. Gestigt wird aber vor allem, wie stringent im Hotel Silber die Gestapo und auch die Kripo lückenlos ihr Unterdrückungsbandwerk perfektionierten; wie aus dem nächsten Arrestzahn heraus politische Gegner erst überwacht, dann eingeschüchtert und schließlich verhaftet wurden; wie die Deportation der Stuttgarter Juden und der Roma und Sinti organisiert wurde; wie man Zwangsarbeiter drangsalierte; wie noch in den letzten Kriegstagen im Hause Verbrechen verübt wurden oder wie die vor den eintreffenden Franzosen fliehenden Gestapobeamten sich zur Geheimorganisation „Eis“ zusammenschlossen, die Verbindungen bis nach Hamburg knüpfte – da schließt sich der Kreis noch mal ganz anders.

Es gibt viel zu lesen und zu betrachten, Originallexponate und Schaustafeln ebenso wie auf Tablets. Dabei gilt es etwas Außerordentliches: Die Ausstellung zeigt so exemplarisch wie umfassend die Geschichte des Hauses; sie setzt auf viele Details und schafft es zugleich, den Blick auf das große Ganze des NS-Regimes zu schärfen. Sie macht damit überdeutlich, wie kolossal Hamburg an derselben Heranzuforderung gescheitert ist.

Über das „Hotel Silber“ informiert die Homepage www.geschichtsmuseum-hotelsilber.de. Dort ist auch ein virtueller Rundgang möglich.



Franz Hirth musste im Hotel Silber beim Pförtner warten, während seine Eltern wegen des Attentats seines Onkels Georg Elser auf Adolf Hitler verhaftet wurden. Das Foto stammt aus seinen Mitteilungsblättern für das Jungvolk. Foto: Haus der Geschichte Baden-Württemberg

# „Auch Werkzeuge der Täter“

## LWL präsentiert Anfang März Ausgrabungsfunde

VON JENS HIPPE

Warstein – „Die Funde zeugen nicht nur von den letzten Stunden im Leben der Ermordeten, sondern geben auch Aufschlüsse über den genauen Ablauf der grausamen Taten.“ Die Ausgrabungen des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL) im Dezember 2018 haben laut Frank Tafertshofer von der LWL-Pressestelle in Münster Licht in ein dunkles Kapitel der letzten Tage des 2. Weltkriegs gebracht. Archäologen hatten nach dem Besitz von insgesamt 208 von den Nationalsozialisten erschossenen Menschen gesucht. „Die Forscher stießen sowohl auf die persönlichen Habseligkeiten der Opfer, als auch auf die Werkzeuge der Täter“, führt Tafertshofer weiter aus.

Am Freitag, 8. März, will der Landschaftsverband nun im Rahmen einer Pressekonferenz im Sitzungssaal des Warsteiner Rathauses eine Auswahl der archäologischen Funde sowie die neuesten Recherche-Ergebnisse präsentieren. Welche außerordentliche Bedeutung diese Ausgrabung hat, zeigt die Teilnehmerliste dieser Veranstaltung: Neben Dr. Thomas Schöne und Christoph Weber, den Bürgermeister der Städte Warstein und Meschede, werden LWL-Direktor Matthias Löb, die LWL-Kulturdirektorin Dr. Barbara Röschhoff-Fandinger sowie Dirk



Im Dezember 2018 wurde nach Habseligkeiten der Erschießungsoffer gegraben.

Wiese, Russlandbesenfrager der Bundesregierung, vor Ort sein. Dr. Manuel Zeiler und Dr. Marc Weidner vertreten die LWL-Archäologie für Westfalen beziehungsweise das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte.

Zwischen dem 20. und 22. März 1945 waren in Suttrop, Warstein und Bversberg insgesamt 208 polnische und russische Zwangsarbeiter hingerichtet worden – 71 davon am 21. März im Langenbachtal. Durch Aussagen im Strafprozess ist der Ablauf dieser Ermordungsaktion seit 1957 historisch gesichert. 14 Männer, 56 Frauen und ein Kind wurden hier unter Leitung von SS-Obersaumnahnenführer Wolfgang Wezling durch Schüsse in den Kopf brutal getötet. Die Leichen wurden ohne ihre Habseligkeiten in einem Massengrab verscharrt. Nach dem Einmarsch der Amerikaner wur-

den NSDAP-Mitglieder verpflichtet, das Grab zu öffnen und die Leichen zu exhumieren. Fast die gesamte Warsteiner Bevölkerung wurde gezwungen, an den aufgetriebenen Leichen vorbei zu gehen,

um auf diese Weise Augenzeugen des Verbrechens zu werden.

Später wurde eine als „Russensriedhof“ bekannte Grabanlage mit Grabsteinen und einem Obelisk errichtet. 1964 wurden die sterblichen Überreste dann zentral in Meschede auf dem Friedhof in der Fulmecke bestattet. In Warstein erinnern ein Kreuz und ein Gedenkstein an die furchterliche Tat. Auf dem Friedhof in der Fulmecke plant die Stadt Meschede derzeit eine Umgestaltung der Kriegsgräberstätte. Sie soll erinnerungspolitisch und historisch außergewöhnlich gestaltet werden.

Unbekannt war lange Zeit, was mit den Habseligkeiten der Opfer passiert war. Es war

Die Funde zeugen nicht nur von den letzten Stunden im Leben der Ermordeten, sondern geben auch Aufschlüsse über den genauen Ablauf der grausamen Taten.

Frank Tafertshofer,  
LWL-Pressestelle

vermutet worden, dass sie ebenfalls im Wald vergraben worden waren. Seit 2017 hat nun der LWL mit Hisocoforen die Mordaktionen und deren Geschichte erforscht – unter anderem in britischen und amerikanischen Archiven. Diese Forschungsergebnisse führten im Dezember 2018 zu Ausgrabungen an allen drei bekannten Tatorten der Massenerschießungen. In enger Kooperation zwischen dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte und der LWL-Archäologie für Westfalen kamen dabei auch ehrenamtliche Metallsondengänger zum Einsatz.

„Wir haben große Mengen gefunden“, harte Nils Wolpert, Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragter der Fachbereiche Bodendenkmalpflege der LWL-Archäologie Westfalen, bereits im Dezember erklärt und angekündigt, dass die Auswertung der Funde etwa drei Monate in Anspruch nehmen werde.

### Der Prozess von 1957

1957 mussten sich vor dem Landgericht Arnsberg sechs Angeklagte für die Massenerschießungen verantworten. Nicht darunter war der Befehlshaber, Hans Kammeler. Er hatte im Mai 1945 Selbstmord begangen. Während der 21 Verhandlungstage wurden 86 Zeugen gehört. Das Gericht kam zu der Überzeugung, dass die Offiziere zwar erkannt hätten, dass die Befehle unrechtmäßig gewesen waren, sie aber aus Angst vor den Folgen einer Befehlsverweigerung befolgt hätten. Zudem „müsse man die damaligen Zeiten mit anderen Maßstäben messen“, begründete es die milden Urteile. SS-Obersturmbannführer Wolfgang Wezling wurde wegen Totschlags in 151 Fällen zu fünf Jahren Haft verurteilt. Der Dortmunder Fabrikant Ernst-Martin Klünne, der in Warstein eine Villa besaß, wurde wegen Beihilfe zu 1 Jahr und sechs Monaten verurteilt, bei Johann Miesel griff das Straffreiheitsgesetz, da eine nur geringe Strafe zu erwarten gewesen sei. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Urteile gegen Wezling (Lebenslanglich), Klünne (3 Jahre) und Miesel (4 Jahre) wurden später in Berufungsverfahren verschärft.

Siehe dazu auch: in der Web- Rubrik >Links und Angebote<

<http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=links-und-angebote>

**Der "Franzosenfriedhof" in Meschede:** Dokumentation einer Spurensuche von [N. Thelen-Khoder](#) ,

Umschlag der vorgelegten Publikation, Schlusskapitel >[XII. Gewissen heißt conscience](#)<;

Medienberichte: [Westfalenpost](#), [Westfälische Rundschau](#) (WR); Zusammenstellung >[Artikel von Nadja Thelen-Koder](#)<, Stand: 8.09.2019; weitere Recherchen 2019: >[Familie Woronin](#)<; >[Euthanasie in Warstein](#)<; >[Die Grabsteine auf dem Russischen Ehrenfriedhof in Warstein](#)<; >["...dass ein kleinerer Stein auf jedes Einzelgrab gelegt wird"](#)<> [SPUREN der barbarischen Vergangenheit - Morde von Wehrmacht und Waffen-SS im Sauerland](#) [LWL-Pressemappe](#); [Kölnischer Stadtanzeiger](#); [Westfälische Rundschau](#), [DER SPIEGEL](#); [Der Patriot](#) jeweils vom 9. März 2019 < ergänzend: Zusammenstellung >[Presseberichte Nadja Thelen-Khoder](#)< und >[Artikel Nadja Thelen-Khoder zu Massakern an Zwangsarbeitern](#)<; Vortrag,

[Buchvorstellung am 19.04.19](#) DGB-Galerie Lippstadt; >["Auch in Rütthen gab es Zwangsarbeiter"](#) Der Patriot,

Lippstadt, vom 26. April 2019, ergänzender [Beitrag](#); Offener Brief >[Plädoyer für Namensrückgabe](#)< vom

21.06.2019; Artikel: >["Russische Fremdarbeiter als Terrorbedrohung der kämpfenden Truppe"](#)<; Interview

>[Friedhof der Zwangsarbeiter](#)< anlässlich [Antikriegstag 2019](#); Quelle Denkmalpflege 2/2013 >[Unbequeme Grabmale - Zeugnisse russischer Kultur in Westfalen](#)<; NTK-Artikel >[Noch ein Deserteur in Warstein](#)

[erschossen](#)<, übermittelt 8.09.2019;

## Belgien fordert Ende deutscher Zahlungen an NS-Kollaborateure

18 Belgier bekommen noch Geld aus Deutschland, weil sie im Zweiten Weltkrieg als deutsche Soldaten verletzt wurden. Das Parlament in Brüssel will das ändern.



In der Wehrmacht kämpften auch Belgier, die entweder eingezogen wurden oder sich freiwillig gemeldet hatten. FOTO: PICTURE-ALLIANCE/OPA

Belgier, die im Zweiten Weltkrieg auf Seiten des Nazi-Regimes kämpften und verletzt wurden, sollen künftig keine deutsche Opferrente mehr beziehen. Das Parlament in Brüssel forderte die Bundesregierung am Mittwoch in einer Entschliessung auf, entsprechende Zahlungen einzustellen.

Es sei nicht gerecht, dass NS-Opfer keine Zulagen erhielten, während belgische Kollaborateure eine steuerfreie Rente bezögen. Das Bundesarbeitsministerium in Berlin stellte klar, dass unter den verbleibenden 18 Leistungsempfängern in Belgien keine Ex-Angehörigen der Waffen-SS seien.

Weitere Angaben zu den Leistungsempfängern konnte das Bundesministerium nicht machen. Es habe keine Kenntnisse der einzelnen Fälle, erklärte eine Sprecherin. Die Berechtigten könnten sowohl belgische Staatsangehörige als auch etwa Deutsche sein, die in Belgien leben. Für die in Belgien lebenden Berechtigten laut Bundesversorgungsgesetz (BVG) sei das Land Nordrhein-Westfalen zuständig.

Das belgische Parlament forderte in der Resolution die Regierung in Brüssel auf, beim Land Nordrhein-Westfalen "alle Informationen" einzuholen, die nötig seien, um Klarheit über die Empfänger der Zahlungen zu erhalten. Zahlungen an "Kollaborateure eines der mörderischsten Regime der Geschichte" würden dem europäischen Friedensprojekt widersprechen, heisst es in der Erklärung.

### Tagesspiegel Checkpoint



#### Opferrenten auch in Deutschland umstritten

Anspruch auf deutsche Opferrenten haben in Belgien sowohl deutschsprachige Ostbelgier, die zwangseingezogen wurden, als auch Flamen und Wallonen, die sich den deutschen Streitkräften anschlossen, wie Christophe Brüil, Historiker an der Universität Luxemburg, sagte. Für den Rentenbezug aus Deutschland müssten sie eine Kriegsverletzung nachweisen und dürften nicht wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden sein.

Nach dem 1950 in Kraft getretenen Bundesversorgungsgesetz werden Leistungen an Kriegsopter gezahlt. Es wird nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums bei gesundheitlichen Schäden etwa durch militärischen Dienst angewendet – jedoch nicht für den Dienst in der Wehrmacht oder der Waffen-SS. Ein Entzug von Leistungen ist demnach möglich, wenn



Insgesamt bearbeitet der MAD derzeit 450 Verdachtsfälle aus dem Bereich Rechtsextremismus.  
© dpa

## Mehr rechtsextreme Soldaten in Bundeswehr enttarnt

**Der MAD hat mehr rechtsextreme Soldaten enttarnt und für ihre Entlassung aus der Truppe gesorgt als bisher bekannt.**

In einer vertraulichen Sitzung des Innenausschusses habe ein MAD-Abteilungsleiter Mitte Februar eingeräumt, der Geheimdienst habe „nach außen“ und auch gegenüber dem Bundestag stets nur die Zahl der eindeutig „erkannten Rechtsextremisten“ kommuniziert, berichtete der „Spiegel“.

Im Jahr 2018 wurden demnach vier Soldaten wegen dieser Einstufung entlassen, im Jahr zuvor sechs. Laut dem MAD-Mann sei bei den Statistiken allerdings „zu kurz“ gekommen, dass der Dienst seit 2014 jährlich „etwa zehn“ weitere „Verdachtspersonen mit extremistischer Einstellung“ enttarnt und gemeldet habe. Die meisten seien aus der Bundeswehr entfernt worden.

Insgesamt bearbeitet der MAD dem Bericht zufolge derzeit 450 Verdachtsfälle aus dem Bereich Rechtsextremismus. 34 Fälle betreffen demnach mutmaßliche Anhänger der sogenannten Reichsbürger, weitere 34 Soldaten stünden im Verdacht, mit der Identitären Bewegung zu sympathisieren. Grüne und Linke äußerten Kritik an der Informationspolitik der Bundesregierung. Die Linken-Abgeordnete Politikerin Christine Buchholz sagte am Samstag der Nachrichtenagentur AFP, es sei „höchste Zeit, dass die Bundesregierung aufhört, Rechtsextremismus in der Bundeswehr zu verharmlosen“. Es gehe nicht nur um Einzelfälle, sondern um „ein strukturelles Problem mit Rechtsextremismus in der Bundeswehr“, fügte Buchholz hinzu, die Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestags ist. Grünen-Fraktionsvize Agnieszka Brugger forderte, das Verteidigungsministerium solle in einem Bericht „endlich proaktiv und regelmäßig vollständige Zahlen und Analysen vorlegen“. Brugger, die ebenfalls im Verteidigungsausschuss sitzt, sagte AFP, es entstehe der Eindruck, „dass die Gefahr nicht ernst genommen wird, wenn Informationen immer nur auf Nachfrage und nicht einmal im Gesamtzusammenhang vorgelegt werden“.

Auf „Spiegel Online“ fügte sie hinzu, wer „so widerwillig Auskunft gibt, nimmt die rechte Gefahr in den Sicherheitsbehörden nicht ernst genug“. Für Rechtsextremismus dürfe es in der Bundeswehr keinen Platz geben.

Für die FDP-Fraktion erklärte die verteidigungspolitische Sprecherin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die Bundeswehr und der Militärische Abschirmdienst müssten „transparent und vor allem korrekt über rechtsextreme Umtriebe unter den Soldaten berichten und diese ohne Pardon aus der Truppe entfernen“. Das sei der MAD auch den 180 000 Soldatinnen und Soldaten schuldig, die sich verpflichtet hätten, „uns alle und unser Grundgesetz zu schützen und im Ernstfall zu verteidigen“, sagte sie AFP.

Der MAD und das Verteidigungsministerium äußerten sich zu der Kritik zunächst nicht. (AFP)

Von Markus Degglerich



Der Angeklagte Baumann wegen Wachverfehlung im Felde, wegen schweren Missetats und wegen Fahnenflucht im Felde zum Tode und zu insgesamt 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis.

## Das letzte Tabu

Verräter oder Helden?  
Für Wehrmachtsdeserteure wie Ludwig Baumann prägte der Kampf um Anerkennung ihr Leben. Noch ihre Nachkommen litten unter der Verleumdung der Fahnenflüchtigen.

**D**er Krieg war vorbei. Aber Ludwig Baumann lernte als Heimkehrer in Hamburg sehr schmerzhaft, dass für ihn der Krieg nie vorbei sein würde. Sein Kampf hörte nie auf. Als wäre es ihm auf die Stirn tätowiert: Deserteur. Ein paar ehemalige »Kameraden« erkannten und verprügelten ihn, sie beschimpften ihn als »Verräter« und »Feigling«. Worte und Schläge zwangen ihn in die Knie. Baumann, blau geschlagen, wollte auf einer Polizeiwache Anzeige erstatten. Als er dort erzählte, was passiert war – und warum –, erhielt er gleich die nächste Tracht Prügel. Es waren wohl auch Soldaten, nur in anderer Uniform. Willkommen zu Hause, Kameradenschwein. Da zerbrach etwas in ihm. Er zog sich in sich selbst zurück – und verfiel dem Alkohol.

Baumann, im vergangenen Jahr im Alter von 96 Jahren verstorben, war schon weit über 80 Jahre alt, als er diese Geschichte erzählte. Er erinnerte sich noch einmal an sie, als er 2009 auf der Besuchertribüne des Deutschen Bundestages saß. Es war ein historischer Tag. Baumann hatte Tränen in den Augen. Müde war er, aber er wollte jedes Wort hören in dieser Debatte. Denn bis 2009 hat es gedauert, bis das Parlament auch die letzte Gruppe der NS-Justizopfer, die sogenannten Kriegsverräter, rehabilitierte. Kaum einer der Betroffenen hat das noch erlebt, aber Baumann kämpfte damals nicht nur für ein politisches und juristisches Zeichen: »Auch die Familien sollten Frieden finden und stolz sein können auf ihre Väter oder Großväter.«

Denn das Gift der NS-Justiz wirkte weiter, über Generationen, selbst nachdem es längst als Unrecht entlarvt worden war. Wie mit einem Defekt im Erbgut mussten auch Kinder und Kindeskinde mit den Folgen leben. Baumann zum Beispiel brauchte Jahrzehnte, um sich gegen den Vorwurf zu wehren, er sei ein Verräter und Volksschädling gewesen. Geduckt und gebrochen versoff er das stattliche Erbe des Vaters, kümmerte sich nicht um seine Familie. Bloß nicht auffallen. Ja nicht den Kopf heben. Erst als seine Frau Waltraud bei der Geburt des sechsten Kindes verblutete, wachte er auf und begann, Verantwortung zu übernehmen – erst mal nur für seine Kinder und sich.

Baumann ging es nie darum, als Held des Widerstands verehrt zu werden. Denn auch das war ja in gewissem Sinne nur soldatisches Danken. Er wollte den Respekt zurück – als Mensch, für sich, aber auch für seine Nachfahren. Das politische und gesellschaftliche Klima in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik ließ das nicht zu: In Justiz und Politik blieben Deserteure auch dann Verräter, wenn sie sich mit ihrer Fahnenflucht gegen das Monstrum des NS-Staates gestellt hatten.

Für Hitler waren Wehrmachtsdeserteure wie Ludwig Baumann Staatsfeind Nummer eins. Rund 30 000 Deserteure,

Verweigerer und »Kriegsverräter« wurden von der NS-Militärjustiz zum Tode verurteilt, geschätzt etwa 20 000 hingerichtet. »Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben«, lautete Hitlers Weisung. Wer nicht hingerichtet wurde, endete in Straflagern oder als Kanonenfutter in Strafbataillonen. Nur rund 4000 Angehörige dieser Häftlingsgruppe, so die Schätzungen, überlebten den Krieg. Vor nichts haben Armeeführer mehr Angst als vor Unordnung oder Ungehorsam – ihren Apparat nicht verlässlich steuern zu können, bedeutete zu jeder Zeit und in jedem System, ihn nicht nutzen zu können. Zweifel von mündigen Menschen, Ethik und Moral sind die größten Gegner. Das war und blieb tradiertes Denken, auch in der von Wehrmachtsoffizieren geführten frühen Bundeswehr. Disziplin, Treue, Fahneid waren Begriffe, die der Nationalsozialismus in den Augen vieler Deutscher nicht diskreditiert hatte.

Als Ludwig Baumann am 13. Dezember 1921 in Hamburg zur Welt kam, war es ihm nicht in die Wiege gelegt, zu einem Symbol des Widerstands zu werden. Die Eltern, gut situiert als Tabakgroßhändler, hatten enorme Hoffnungen in ihren Sohn gesetzt, doch Baumann war Legastheniker – »meine Mutter musste mich für dumm und dickfellig halten«, sagte er später einmal – und wurde mit 14 Jahren zu einem Maurer in die Lehre geschickt. Er trat keiner der NS-Organisationen bei, mit Hitlers Angriffskrieg wollte er nichts zu tun haben. Wie alle jungen Männer wurde er dennoch eingezogen, Ende 1940 landete er bei der Marine, man schickte ihn zur Hafenkompagnie ins von den Deutschen besetzte Bordeaux.

**A** nderthalb Jahre später, im Juni 1942, desertierte der Marinegefreite Baumann mit anderen Soldaten, unter anderem seinem Freund Kurt Oldenburg. Sie wollten ins unbesetzte Frankreich. Aber eine deutsche Zollstreife kontrollierte sie. Um weiter zu fliehen, hätten sie schießen können, morden müssen. Aber genau das wollten sie eben nicht: morden.

Baumann wurde verhaftet, gefoltert, verurteilt und verbrachte zehn Monate in der Todeszelle. Dass der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine das Todesurteil in eine Zuchthausstrafe von zwölf Jahren umwandelte, verdankte Baumann wohl der Intervention seines wohlhabenden Vaters: »Jeden Morgen, wenn die Wachen wechselten, dachte ich: Jetzt holen sie dich.«

Baumann verließ die Todeszelle im April 1943, aber nur, um immer wieder in eine andere Hölle weitergeschickt zu werden: das KZ Esterwegen, das Wehrmachtsgefängnis Fort Zinna Torgau, schließlich zum Himmelfahrtskommando in einem Strafbataillon an der Ostfront. In Torgau, heute eine Gedenkstätte, hatte Baumann »den Johann« kennengelernt. Das war der Obergefreite Johann Lukaschitz aus Wien, der 1944 mit blutigen Gelenken im Krankenrevier des Wehr-



#### Verurteilt

»Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben«, lautete Hitlers Weisung. Rund 30 000 Deserteure, Verweigerer und »Kriegsverräter« wurden von der NS-Militärjustiz mittels Standgerichten zum Tode verurteilt, geschätzt 20 000 hingerichtet. Die Unrechtsurteile wurden nach dem Krieg lange nicht aufgehoben, die Opfer und ihre Familien blieben stigmatisiert.

machtsgefängnisses Torgau lag – eine Folge der schweren Ketten, die seine Arme und Beine fesselten. Baumann war sein Bett Nachbar, an Diphtherie erkrankt. Der Johann sei ein »durch und durch besinnlicher, stiller und humaner Mann gewesen«, erinnerte sich Baumann. Lukaschitz, damals 24, war für die »Nichtanzeige eines geplanten Kriegsverrats« zum Tode verurteilt worden.

In Lukaschitz' Truppe hatte sich ein Soldatenrat nach sowjetischem Vorbild gebildet. Der Johann wollte sich diesem Rat nicht anschließen, seine Kameraden aber auch nicht verpfleifen – und genau dafür sollte er sterben, befand das Reichskriegsgericht unter Vorsitz von Richter Werner Lueben am 3. Februar 1944. Wenige Tage später lag Lukaschitz als Kriegsverräter unter dem Fallbeil.

**S**chicksale wie das des Johann Lukaschitz waren es, die Baumann dann später zum Kämpfer werden ließen. Denn die Urteile gegen Männer wie Lukaschitz wurden nach dem Krieg nicht aufgehoben. Sehr spät, erst im Jahr 2002, beschloss der Bundestag zwar die pauschale Rehabilitierung aller Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer der Wehrmacht. Nur die sogenannten Kriegsverräter wurden ausdrücklich ausgespart – weil man ja nicht ausschließen könne, dass die »Verräter« durch ihr Handeln Zivilisten oder deutschen Soldaten geschadet hätten. In Bezug auf die NS-Urteile waren sie »das letzte Tabu«, wie es der renommierte Militärgeschichtler Wolfram Wette und sein Kollege Detlef Vogel nennen. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Sohn eines gefallenen Wehrmachtssoldaten, soll nach Auskunft von Wegbegleitern aus Angst vor Protest damals die sogenannten Kriegsverräter ausgespart haben. Denn beim »Kriegsverrat«, dem »im Felde« begangenen Landesverrat, fürchtete die SPD den Vorwurf aus dem konservativen Lager, damit sogenannten Verrätern von Kameraden ein Denkmal zu bauen. Für Baumann eine schreiende Ungerechtigkeit, denn damit blieben Männer wie sein Freund Johann Lukaschitz weiter »stigmatisiert«.

Und welche biografischen Verwüstungen ein Stigma hinterlässt, hatten er und seine Familie ja selbst erfahren. Zwar hatte sich Baumann von seiner Alkoholsucht befreit, um für seine Kinder zu sorgen. Die Ursachen, die zu dieser Sucht geführt hatten, wagte er aber lange nicht zu bekämpfen. Erst als sich das gesellschaftliche Klima wandelte, hob er wieder den Kopf und wehrte sich dagegen, dass auch seine Kinder damit leben sollten, er sei ein Feigling gewesen.

Sein politisches Engagement begann Anfang der Achtzigerjahre – mit der Friedensbewegung. 1990 gründete er dann den »Bundesverband Opfer der NS-Militärjustiz« – mit damals noch 37 Mitstreitern. Deren beharrliche Aufklärungsarbeit mündete 2002, also 60 Jahre nach Baumanns eigenem

Todesurteil, in der Aufhebung der NS-Militärurteile – bis auf ebenjene sogenannten Kriegsverräter. Enttäuscht von der damals von SPD und Grünen geführten Bundesregierung suchte sich Baumann neue Verbündete.

Unterstützung bekam er dann aus Wissenschaft und Politik. Das Verdienst, 64 Jahre nach 1945 die Rehabilitierung der Kriegsverräter initiiert zu haben, gebührt vor allem dem Linkspartei-Abgeordneten Jan Korte. Der heutige parlamentarische Geschäftsführer und sein Mitstreiter Dominic Hellig haben den zähen Kampf um diese politisch und juristisch bekämpfte Entscheidung in dem lesenswerten Sammelband »Kriegsverrat« nachgezeichnet. Ein Geschichtskompendium zum Schönen über deutsche Vergangenheitspolitik, zeigt es doch, wie aus parteipolitischen Kalkül und revisionistischem Grundgedanken jahrelang auch die letzte Rehabilitierung verschleppt und behindert wurde (siehe auch SPIEGEL 5/2009, Seite 37: »Der letzte Kampf«).

Den Durchbruch schafften Baumann, Korte und Hellig mithilfe des Militärgeschichtlers Wette und des Juristen Helmut Kramer, die nachwiesen, dass Kriegsverräter eben keine Verräter waren, sondern meist aus ethischen Motiven handelten. Für Baumann war das immer klar: »Kriegsverrat war eine Friedenstat«, sagte er. Das Trio knüpfte geschickt Allianzen mit Abgeordneten aller Parteien und der Kirche. Sogar Joachim Gauck, als ehemaliger Beauftragter für die Stasi-Akten der Nähe zu Linken eher unverdächtig, mischte sich ein. Als der Bundestag schließlich unter wachsendem öffentlichen Druck auch die Urteile gegen Kriegsverräter aufhob, saß Baumann mit zitternden Händen im Bundestag und sagte: »Ich will nicht pathetisch werden, aber es ging ein Traum in Erfüllung.«

Baumann, der Soldat wider Willen, wurde so zum Helden. Auch irgendwie wider Willen. Und zum Stolz der Familie.

Die Familie übrigens erfuhr dann nach Baumanns Tod im vergangenen Jahr noch einmal, dass ein Staat nichts vergisst. Baumanns Sohn sollte angeblich zu viel erhaltene Opferrente seines Vaters zurückzahlen, weil der seinen Umzug in ein Pflegeheim nicht gemeldet habe. Bialang hat die Bundesregierung Opfern des Nationalsozialismus bei einem Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim die Opferrente gekürzt, das hatte der frühere Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) durchgesetzt. Nach erneuter Intervention von Jan Korte hob der jetzige Finanzminister Olaf Scholz (SPD) nun im Januar 2019 diese Regel auf. Erleben dürfen das noch 26 Menschen.

Ludwig Baumann hatte übrigens das Bundesverdienstkreuz zu Lebzeiten abgelehnt.

Zum Weiterlesen:

Jan Korte / Dominic Hellig (Hg.): *Kriegsverrat. Vergangenheitspolitik in Deutschland*. Karl Dietz Verlag; 208 Seiten; 14,90 Euro.  
Wolfram Wette, Detlef Vogel: *Das letzte Tabu: NS-Militärjustiz und »Kriegsverrat«*. Aufbau; 508 Seiten; antiquarisch.

# „Die Nazi-Narrative wirken fort“



Grüne, FDP und Linkspartei wollen „Asoziale“ als vergessene Opfer der NS-Zeit anerkennen. Der Sozialwissenschaftler Frank Nonnenmacher über eine Tradition des Hasses gegenüber Wohnungslosen oder Armen

### Interview Kevin Gullina

taz: Herr Nonnenmacher, Donnerstagmorgen wurde im Bundestag über die Anerkennung der als „Asoziale“ und „Berufverbrecher“ durch die Nazis Verfolgten gesprochen. Wie haben Sie die Debatte empfunden?

Frank Nonnenmacher: Zunächst einmal bin ich sehr zufrieden damit, dass nach über 70-jährigem Schweigen im Bundestag die bislang ignorierten NS-Opfergruppen überhaupt diskutiert wurden. Das ist ein großer Erfolg unseres Appells, den die Abgeordneten der Grünen, der FDP und der Linken sehr empathisch bekräftigt haben.

Aus der Union gab es Bedenken, ein interfraktioneller Antrag kommt seit einem Jahr nicht zu Stande.

Die Rede von Melanie Bernstein von der CDU lässt noch Raum für eine interfraktionale Verhandlung in den Ausschüssen. Sie hat zwar zu der Hauptforderung der beiden Anträge nicht Stellung genommen, aber sie hat die Träger der historisch-politischen Bildung ermuntert, Förderanträge für die Erstellung von Anstellungen zu den ignorierten Opfern zu stellen. Das geht nicht ja auch in unserem Appell als eines der notwendigen Konsequenzen aus einer offiziellen Anerkennung. Die Frage ist, ob die große Koalition ihr Versprechen im Koalitionsvertrag, bisher weniger beachtete Opfergruppen anzuerkennen, noch erfüllen wird.

Wohnungslose, Arme, Strahlende, Berufsleiter\*innen oder Swing-Tanzende wurden verfolgt, eingesperrt, teilweise sogar sterblich. Welche Rolle spielte diese spezifische Verfolgung im Nationalsozialismus?

Der „Asoziale“ und der „Gewohnheitsverbrecher“ bildeten den Gegenpol des von den Nazis gewollten Ideals vom fleißigen, lebenslustigen und an der Fortentwicklung der deutschen

„Rasse“ interessierten Deutschen, Demgegenüber wurden Bettler, Wanderarbeiter, Wohnungslose und fahrende Leute als ressourcenverbrauchende Schädlinge, als „nutzlos Esser“ bezeichnet. Sie wurden als „Ballastexistenzen“ erst verbal ausgegrenzt, dann real. Viele kamen in die Konzentrationslager, wo „Asoziale“ mit schwarzem und „Gewohnheitsverbrecher“ mit grünem Winkel markiert wurden. Für die SS waren sie dort eine beliebte Zielscheibe für Demütigungen und Qualen bis hin zum Mord.

Wie erklärt sich die Entwürdigung dieser sogenannten Gewohnheits- und Berufsverbrecher?

Die Nazis behaupteten, dass der deutsche Staat „gestübert“ sei, die Kriminalität so gut wie ungesteuert. Sie hatten sich zu wiederholter Straffälligkeit geworden ist, der hatte in der Welt-sicht der Nationalsozialisten bewiesen, ein kriminelles Gen in sich zu tragen. Und das sei der deutschen „Rasse“ eigentlich nicht eigen. Deshalb wurden solche Menschen, wie zum Beispiel mein Onkel Ernst, nach dem Verlassen ihrer Haftstrafe ohne weiteres in ein KZ eingeliefert und sollten dort „durch Arbeit vernichtet“ werden.

Die Nazis internierten Ihren Onkel Ernst Nonnenmacher als „Asozialen“ im Konzentrationslager. Wie wurde diese Geschichte in Ihrer Familie nach 1945 aufgebeichtet?

Mein Onkel Ernst kam als „Berufsverbrecher“ erst ins KZ Flossenbürg, dann bis zur Befreiung nach Sachsenhausen. In den Nachkriegsjahren be-rührte er sich vergeblich als „Opfer des Nationalsozialismus“ anerkannt zu werden. Sehr schnell wurde ihm gesagt, was bis heute gilt: Er sei weder politisch, religiös noch rassistisch verfolgt, also zu Recht im KZ. Dieses Stillsitzen hat ihn sehr gekränkt und er hat, wie fast alle ehemaligen KZ-Häftlinge mit schwar-

zem und grünem Winkel, geschwiegen.

Das heißt, die Scham der Opfer überwog?

Genau. Scham und die Erkenntnis, dass für Menschen wie ihn kein Verständnis da ist. Erst Anfang der 70er-Jahre hat er sich mir und später auch anderen geöffnet. Während Ernst im KZ war, war sein Bruder Luftwaffenpilot. Zwischen ihnen hat es nie auch nur ein einziges Gespräch über diese Zeit gegeben. Ernsts Geschichte ist auch ein Anlass für den Appell, der jetzt im Bundestag debattiert wird.

Die Öffentlichkeit fehlte gänzlich. Wieso?

Das liegt zunächst einmal daran, dass die Toten nicht mehr reden können. Und Überlebende dieser Opfergruppen schwiegen in aller Regel nach 1945. Sie haben keine Interessengruppe gebildet, die sich öffentlich wirksam zu Wort gemeldet hätte. Sie haben keine Autobiografien verfasst, sind nicht öffentlich aufgetreten und wurden aus der deutschen Erinnerungskultur ausgeblendet. Auch die Wissenschaft hat sich jahrzehntlang nicht mit dieser Opfergruppe beschäftigt, bei Entschuldigungen wurde sie nicht beachtet. Und zu einem großen Teil haben die seltener erwähnten Narrative über „Asoziale“ und „Gewohnheitsverbrecher“ fortgewirkt – zum Teil bis heute.

Erwerbslos werden heute als „Sozialschmarotzer“ entwertet, das private Fernsehprogramm als „Anti-TV“ geschmäht. Wieso fühlt hier ein kollektives Bewusstsein?

Es geht eben nicht, wenn sich Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen immer wieder beschreiben, gängige Beleidigungen wie „du Assi“ oder gar das Wort „Jude“ als Schimpfwörter zu bekämpfen. Hier müssten alle als Vorbild wirkenden Ikonen, wie Spitzenpiloten, Showstars, YouTuber oder Influencer viel deutlicher Stellung beziehen. Auch den neuen Rechtsextremismus sehe ich hier als

eine Gefahr. Ein eventueller Beschluss des Bundestages im Sinne der aktuellen Anträge wäre ein wichtiger Beitrag für mehr Sensibilität und kritisches Bewusstsein.

Welche ideologischen Kontinuitäten zeigen sich bis heute? Ein wichtiger Baustein für das Fortbestehen diskriminierender Zuschreibung sozialer Verhältnisse. Es ist eben so, dass in der immer ungerechter werdenden Gesellschaft soziale Not und sogar Delinquenz systematisch produziert werden.

Durch die Logik der immer radikal werdenden neoliberalen Wirtschaftsordnung. Das wollen viele nicht wahrhaben. Sicher hat jeder Mensch eine Selbstverantwortung, auch jeder Bettler, jeder Wohnungslose. Aber zugleich ist es den Verhältnissen unterworfen, die seine Situation verstäbbar und erklärbar machen. Eben darum muss man sich bemühen, anstatt vor-schnell das „selbst schuld“ auszusprechen – und sich dadurch selbst zu entlasten.

In den 60ern feierten Punkbands sich als „asozial“ oder „Assi mit Nivoh“, heute nennen Rapper sich „Assiack“, kurz für „asoziale Kackack“. Die Diskriminierung wird sich popkulturell angeeignet. Eine geeignete Strategie?

Solange es primär der Selbstdarstellung dient, glaube ich nicht, dass es nachhaltig funktioniert. Es scheint ja den Homosexuellen gelingen zu sein, die den rosa Winkel positiv besetzt und zu ihrem Stigma gemacht und auch das Wort „schwul“ zum großen Teil von seinem stigmatisierenden Charakter befreit haben. Aber letztlich wichtiger und entscheidender war die jahrzehntelange und beharrliche Arbeit der Schwulen und ihrer Verbände selbst, die ein langsame Umdenken in Politik und Gesellschaft hervorgerufen hat.

Vielleicht sollte das Leid anerkannt werden?

Die Schwarz- und Grünwinkligen als Opfergruppen anzuerkennen wäre nach 70-jährigem Schweigen ein so wichtiges Signal, es würde sie in die Reihe der Verfolgten des Nazi-Regimes stellen. Standal genügt, dass das für die direkt Betroffenen fast zu spät kommt. Für die Nachkommen, die bislang das schambefüllte Schweigen fortgesetzt haben, bedeutet es aber eine Ermütigung sich mit ihrer Familiengeschichte unvoreingenommen zu beschäftigen. Und für unsere Erinnerungskultur könnte es eine Bereicherung sein, dass wir uns auch mit den verdrängten Seiten der Vergangenheit auseinandersetzen.



Frank Nonnenmacher, 74, ist emeritierter Professor für Sozialwissenschaften. 2014 veröffentlichte er eine Biografie seiner beiden Onkel, von denen einer als „Asoziale“ von den Nazis im KZ interniert wurde. In einer Bundestagepetition forderte er 2018 die Anerkennung der NS-Opfergruppen der „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“.

Porträts ehemaliger Häftlinge im ehemaligen Konzentrationslager, der heutigen Gedenkstätte Osterburg. Foto: Patrick Fleuß/picture alliance

**antierstiftung**

**taz**

**Nicht loslassen**

Auf der Suche nach einer besseren Zukunft – Das neue deutsch-türkische Journal von taz gazete

taz gazete berichtet mithilfe eines Korrespondenten vom türkischen Über die Situation in der Türkei!

In den 60ern feierten Punkbands sich als „asozial“ oder „Assi mit Nivoh“, heute nennen Rapper sich „Assiack“, kurz für „asoziale Kackack“. Die Diskriminierung wird sich popkulturell angeeignet. Eine geeignete Strategie?

Solange es primär der Selbstdarstellung dient, glaube ich nicht, dass es nachhaltig funktioniert. Es scheint ja den Homosexuellen gelingen zu sein, die den rosa Winkel positiv besetzt und zu ihrem Stigma gemacht und auch das Wort „schwul“ zum großen Teil von seinem stigmatisierenden Charakter befreit haben. Aber letztlich wichtiger und entscheidender war die jahrzehntelange und beharrliche Arbeit der Schwulen und ihrer Verbände selbst, die ein langsame Umdenken in Politik und Gesellschaft hervorgerufen hat.

Vielleicht sollte das Leid anerkannt werden?

gazete.taz.de

Antierstiftung und Vertriebspartner: Prokopiusstraße 21, 10119 Berlin



KULTUR

Alexander Weinlein

## Anerkennung als NS-Opfer

Nach dem Willen der Fraktionen der FDP und Bündnis 90/Die Grünen sollen Menschen, die während der nationalsozialistischen Diktatur als "Asoziale" und "Berufsverbrecher" verfolgt wurden, als Opfergruppe anerkannt werden. Beide Fraktionen fordern zudem eine angemessene Entschädigung für die wenigen noch lebenden Angehörigen dieser Opfergruppen und eine Erweiterung des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes. Am vergangenen Donnerstag beriet der Bundestag erstmals über die beiden Anträge der Liberalen (19/8955) und der Grünen (19/7736).

Thomas Hacker (FDP) und Erhard Grundl verwiesen darauf, dass Zehntausende von sogenannten "Asozialen" und "Berufsverbrechern" zwischen 1933 und 1945 in Konzentrationslagern inhaftiert, zwangssterilisiert oder ermordet worden seien. Brigitte Freihold (Linke) unterstütze die beiden Anträge und warb um eine überfraktionelle Einigung.

Der AfD-Abgeordnete Thomas Ehrhorn wies die beiden Anträge als undifferenziert zurück. Es sei zwar richtig, dass kein Mensch in ein KZ gesperrt werden dürfe. Allerdings seien unter den sogenannten "Asozialen" und "Berufsverbrechern" eben auch Vergewaltiger, Totschläger oder Zuhälter gewesen. Von der SS seien diese in den Konzentrationslagern mitunter ganz bewusst als sogenannte "Kapos", als Funktionshäftlinge, in die Hierarchie eingebunden worden und hätten selbst Verbrechen an ihren Mithäftlingen begangen.

Die CDU-Abgeordnete Melanie Bernstein warnte vor schnellen Urteilen in dieser Frage. Sie verweis darauf, dass kein Opfer des NS-Terrors aus der Erinnerungskultur und dem Gedenkstättenkonzept ausgeschlossen werde.

---

Ausdruck aus dem Internet-Angebot aus der Onlinezeitung Das Parlament  
[https://www.das-parlament.de/2019/15/kultur\\_und\\_bildung/634150-634150](https://www.das-parlament.de/2019/15/kultur_und_bildung/634150-634150)  
Stand: 15.04.2019

# Landtag befasst sich mit Straßennamen

Eine Opfervereinigung protestiert gegen die Benennung nach dem Luftwaffengeneral Zenetti. Der Publizist Jakob Knab wendet sich an den Petitionsausschuss und beruft sich auf die Grundnormen der Verfassung

VON PETER BIERL

**Fürstentfeldbruck** – Die Brucker Debatte um NS-belastete Straßennamen wird demnächst den bayerischen Landtag beschäftigen. Der Publizist Jakob Knab hat sich wegen einer Straße in der ehemaligen Fliegerhorstiedlung, die nach General Emil Zenetti benannt ist, an den Petitionsausschuss gewandt. Er protestiert gegen die Entscheidung des Stadtrates, die Schilder zu belassen. Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz hat sich an Oberbürgermeister Erich Raff (CSU) gewandt.

Die Ehrung eines NS-Täters, der als Gerichtsherr für Todesurteile der Wehrmachtjustiz zuständig gewesen ist, sei „zunehmend unerträglich“, schrieb die Vereinigung in Bezug auf Zenetti. „Die öffentliche Ehrung von Gestalten der NS-Gewaltherrschaft verstößt gegen die Grundnormen unserer Verfassung“, argumentiert Knab. Er stützt sich bei seiner Eingabe auf das bayerische Straßen- und Wegegesetz. Eine Namensgebung ist demnach als Ehrung verdienter Bürger möglich, nicht aber von Personen, die das NS-Regime unterstützt haben, heißt es in einem Kommentar zu diesem Gesetz.

Emil Zenetti kommandierte das Luftgaukommando VII in München ab Juli

1936. In einer Weisung über „wehrgeliebte Führung“ schrieb er 1943: „So muss ich erwarten, dass jedem Offizier klar ist, dass das nationale, völkische, soziale und kulturelle Programm der nationalsozialistischen Bewegung die einzige Grundlage unserer weltanschaulichen Ausrichtung sein kann.“ Er verlangte von den Offizieren folgende Haltung: „Eiserner Widerstandswille, fester Glaube an unsere gute Sache und das unbedingte Vertrauen zur Führung

**Im Fliegerhorst sind die Schilder seit 2005 entfernt, die Stadt wird ihre dagegen hängen lassen**

und zum Führer.“ Im Februar 1944 wurde Zenetti auf einer Tagung von NS-Führungsoffizieren in München gelobt. Ein Abgesandter des Luftwaffenchefs Hermann Göring dankte ihm für die „auf dem Gebiet der nationalsozialistischen Führung geleistete Arbeit in seinem Wehrbereich“.

Schon früher, im Frühjahr 1919 hatte sich Zenetti bei der Niedererschlagung der Räterepublik hervor getan. In seiner Broschüre über „Die Freiwilligenbatterie Zenetti“ (1934) beschreibt er das Vorgehen der von ihm befehligten Truppen in Dachau, Trudering und München. Seine Formu-

lierungen lassen den Schluss zu, dass Gefangene von seinen Untergebenen misshandelt wurden. Seine Soldaten hätten eine besondere „Kampfweise im Bürgerkrieg“ erlernen müssen: „Ebenso musste man sich frei machen von allzu großer Rücksicht auf Personen oder Sachen“, notierte Zenetti.

Knab ist Sprecher der „Initiative gegen falsche Glorie“, die sich mit der Traditionspflege der Bundeswehr auseinandersetzt. Er hatte die Debatte um die Straßennamen im Brucker Fliegerhorst angestoßen, die damit endete, dass der Kommandeur die Schilder im Herbst 2005 entfernen ließ. Geblieben sind die Namen in der Fliegerhorstiedlung, weil das Areal nicht mehr der Bundeswehr untersteht.

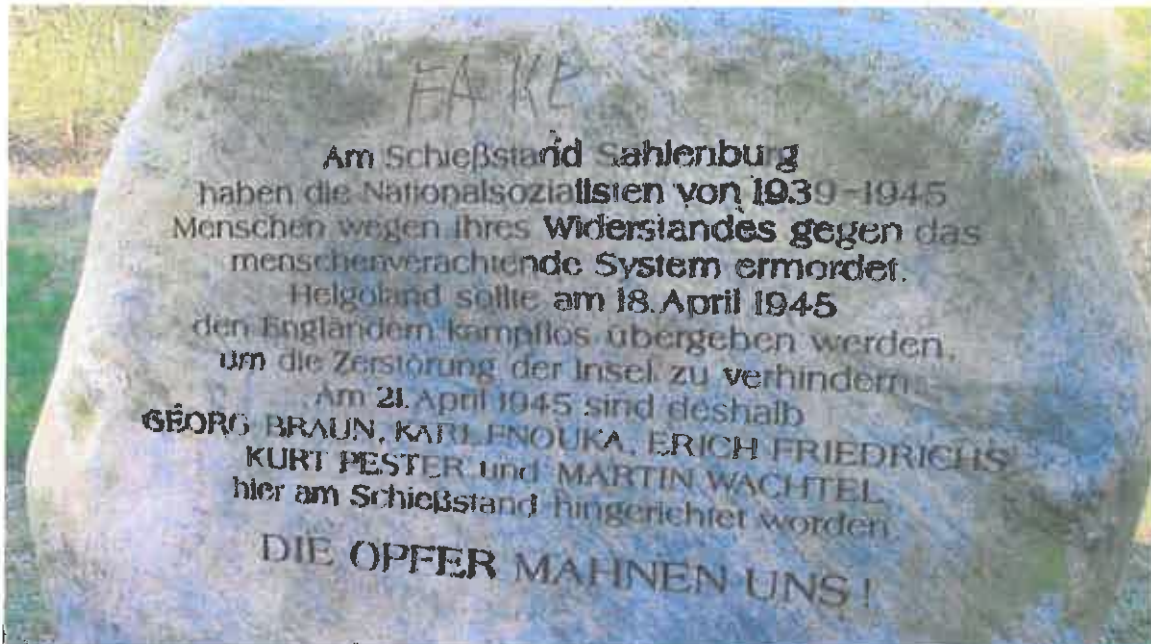
Der Brucker Stadtrat hatte im April 2018 beschlossen, an den Namen der Wehrmachtsoffiziere festzuhalten und sie um Informationstafeln zu ergänzen. Unter den Straßenpatronen befinden sich neben Zenetti zwei Piloten der Legion Condor, Günter Lützow und Sigmund Freiherr von Gavenreuth. Die Legion war eine Einheit der deutschen Luftwaffe, die im spanischen Bürgerkrieg Zivilisten massakrierte, etwa bei dem berüchtigten Angriff auf Guernica. Der Bundestag beschloss vor mehr als 20 Jahren, diese Soldaten sollten nicht

mehr geehrt werden. Der Brucker Kultur- und Werkausschuss beschloss im März, keine konkreten Angaben zu den Soldaten anzufügen, sondern lediglich den allgemeinen Hinweis, dass die Benennung 1962 erfolgte, dem damaligen Traditionsverständnis von Gesellschaft und Bundeswehr entsprach und heute umstritten sei.

„Ein schlichter Hinweis auf die heutige Umstrittenheit der NS-lastigen Namensgebung erscheint uns weder angemessen noch sachgerecht, um aufkommenden nationalistischen und rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken“, schrieb Günther Knebel vom Vorstand der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz an den OB. Er fordert, die Zenetti-Straße „endlich umzubenennen“.

Der Petitionsausschuss des Landtages wird sich voraussichtlich im Sommer mit Knabs Beschwerde beschäftigen. Formal sei die Petition zulässig, erklärte ein Mitarbeiter der Ausschussvorsitzenden Stephanie Schuhknecht (Grüne) der SZ. Allerdings werde die Regierung vermutlich darauf hinweisen, dass die Straßennennung Sache der Kommune sei. Nur in absolut eindeutigen Fällen, etwa einer Adolf-Hitler-Straße, würde der Staat eingreifen, vermutlich aber nicht bei Personen, deren Wirken umstritten sei.

Süddeutsche Zeitung vom 12. April 2019



Die Gedenkstätte für die auf dem Sahlenburger Schießstand erschossenen Widerständler wurde beschmiert. "Fake" (zu Deutsch: erfunden) steht auf dem Gedenkstein. Foto: Mittelstedt

**CUXHAVEN-SAHLENBURG. "Fake" und "Lügenpresse" sind auf dem Sahlenburger Gedenkstein für fünf erschossene Nazi-Opfer zu lesen. Unbekannte haben die Gedenkstätte beschmiert.**

Wer tut so etwas? Manfred Mittelstedt ist entsetzt. Als er aus Anlass des Jahrestages der für auf dem Schießstand in Sahlenburg erschossenen Nazi-Opfer nach dem Rechten sehen wollte, entdeckte er die Schmierereien. Auf den Gedenkstein wurde mit schwarzem Stift "Fake", also das englische Wort für erfunden, geschrieben. Auf der Tafel mit den Sponsorennamen steht jetzt "Lügenpresse" und auf der Vorderseite ebenfalls "Fake".

"Die Opfer des 21. April 1945 und alle Opfer, die dort ermordet wurden, werden damit aufs Schändlichste verhöhnt", sagt Mittelstedt. Der 74-jährige Altenwalder ist Vorsitzender des Vereins für Gedenkkultur "Narben bleiben, die Erinnerung lebt weiter". Dieser Verein wider des Vergessens ist Initiator der Gedenkstätte am früheren Schießstand in Sahlenburg. Sie wollten Helgoland wenige Tage vor dem Kriegsende 1945 retten und bezahlten dies mit ihrem Leben. Georg Braun, Kurt Pester, Karl Fnouka, Erich Friedrichs und Martin Wachtel planten, die Insel Helgoland am 18. April 1945 kampflos den Engländern zu übergeben. Stattdessen wurden sie verraten, deportiert, vor das Kriegsgericht gestellt und am 21. April 1945 in Sahlenburg erschossen. Gerichtsherr war damals Rolf Johannesson (1900 bis 1989). Der Kommandant der Seeverteidigung Elbe-Weser bestätigte den Todesurteilsspruch gegen die Widerstandsgruppe. Später ab 1957 machte Johannesson Karriere in der Bundesmarine. Als Admiral befehligte er die deutsche Flotte. In seinen Memoiren verschwieg er später die Todesurteile.

In unmittelbarer Nachbarschaft, wo das Leben der fünf Männer durch Hinrichtung ausgelöscht wurde, hat der Verein "Narben bleiben, die Erinnerung lebt weiter" 2015 die Gedenkstätte errichten lassen. "Die Opfer mahnen uns!" ist auf dem Stein unter anderem zu lesen. Diese Stätte soll als Mahnung für den Frieden und als Aufruf zu Toleranz, Humanität und Menschlichkeit verstanden werden. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Manfred Mittelstedt weiß, dass nicht das erste Mal dort Vandalismus zu bemerken sei. Im Herbst 2018 wurde ein aufgestellter Stein von der Insel Helgoland zertrümmert. 2017 rissen Unbekannte das Schild aus der Verankerung - und 2016 habe man eine anlässlich des Volkstrauertages aufgestellte Blumenschale entfernt und im Wald zerdepert.

# Von Einzelfällen kann keine Rede mehr sein

Auf einer Tagung des „Darmstädter Signals“ über Rechtsextremismus in der Bundeswehr wird mehr Aufklärung gefordert

Von Johannes Klotz

Waren die rechtsextremistischen Vorfälle der letzten Jahre in der Bundeswehr lediglich Einzelfälle? Oder weisen sie auf strukturelle Defizite der Organisation, der militärischen Führung und der sie kontrollierenden Behörden und des Verteidigungsministeriums hin? Dieser Frage war kürzlich eine Tagung des „Darmstädter Signals“, das sich als „kritisches Forum aktiver und ehemaliger Soldaten“ versteht, in Eisenach gewidmet.

Valide wissenschaftliche Studien zu dem Thema gibt es nicht. Wenig erstaunlich, denn externe Forschungseinrichtungen benötigen dazu die Erlaubnis der Bundesregierung, der Bundeswehr und des Militärischen Abschirmdienstes. Den Willen dazu gibt es jedoch nicht. Inzwischen steigt aber der Druck von außen, auch nachdem durch den NSU-Prozess Staatsvergehen in Sachen Rechtsextremismus öffentlich geworden ist.

Wenn empirische Studien fehlen, helfen Analogieschlüsse und Kenntnisse des Militärgeschichtlers. Die liefert der ehemals am Militärgeschichtlichen Forschungszentrum in Freiburg beschäftigte Historiker Wolfram Wette. Er berichtete von historischen Erfahrungen vom Tarnen und Täuschen, für die es viele Belege ge-

be. Soldaten gaben sich nur im engen Umfeld zu erkennen, ihr Korpsgeist geteilt, Vorkommnisse, die dem Ansehen der Militärorganisation schadeten, nicht nach außen dringen zu lassen. Und wenn es Vorkommnisse gäbe, wiege die militärische Führung ab. Vorkommnisse würden heruntergespielt, es solle kein Generalverdacht aufkommen. Zudem behindere auch Politik Aufklärung, indem Untersuchungsausschüsse nicht zustande kommen, oder nicht jedem Verdacht ernsthaft nachgegangen werde. Und die Grauzonen mangelhafter interner Untersuchungskriterien des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) können laut Wette dazu führen, dass nur wenige Fälle festgestellt werden. So wird zum Beispiel ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“, verlangt, um einen Soldaten als rechtsextrem zu bezeichnen.

Wette führte zahlreiche Einzelbeispiele aus der Geschichte der Weimarer Republik an, verwies auf die Methoden der Prätorien, die sich im dauernden Kriegszustand übten, erzählte von Selbstertötungen („Solche Leute wie X müsse man im Ernstfall sofort erledigen“), strelte die NS-Zeit, in der ein militärisches Danken des Ansehens und Liquidieren um sich geht, bis zu Vorfällen in den 1970er Jahren, in der Friedensforscher in das Feindbild von Offizieren gehörten.

Viele weitere Beispiele bis in die jüngste Zeit wurden auf der Tagung angeführt. Sie alle seien verschiedenen rechtsextremen Netzwerken zuzuordnen und Klumpen, die sich für den Tag X eines bewaffneten Aufstands in Deutschland vorbereiteten. Von Einzelfällen könne nicht mehr die Rede sein, so Wette und Oberleutnant a. D. Jürgen Ross, Bundeswehr-Kritiker und Vereinsmitglied des „Darmstädter Signals“, unisono.

## Wolfram Wette steuerte historische Erkenntnisse bei

Ihre Erkenntnisse decken sich mit jenen, von denen die *Tagesschau (tag)* im Herbst 2016 berichtet hat: Es existiere ein gewaltbereites rechtsextremes Netzwerk in der Bundeswehr, „Heinrich Schattensonne“, mit Verbindungen zum Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr und zum Verfassungsschutz. Auch der Militärische Abschirmdienst, das Kontrollorgan für solche Fälle in der Bundeswehr, gibt sich seither aufgeschreckt und hat kürzlich von mehr als 400 rechtsextremistischen Verdachtsfällen berichtet, weit mehr als zuvor bekannt.

Dass es keine empirischen Untersuchungen über das Ausmaß der Verbrei-

tung und Verankerung solcher Gruppierungen in der Bundeswehr und über etwa vorliegende Pläne für Aktionen gebe, bekräftigte kürzlich auch der Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz (Grüne), stellvertretender Vorsitzender des parlamentarischen Kontrollgremiums.

Eine Intensivierung der Erkennung und Aufklärung dieser verdeckten und mindestens geduldeten Aktivitäten im Untergrund der Bundeswehr sei dringend vonnöten, war folglich das warnende Resümee der Eisenacher Tagung und eine Aufforderung an die Parlamentarier des Bundestages. Die innere Führung und damit die demokratischen Werte seien in der Armee fester zu verankern, den späten Warnungen des Militärischen Abschirmdienstes müsse man Taten folgen lassen.

Dass das auf Widerstand trifft, war beim Vortrag von Oberleutnant Kai Szmulowitz über das Traditionsverständnis der Bundeswehr und den Rechtsextremismus herauszuhören. Als aktiver Offizier für politische Bildung in der Bundeswehr wollte er dieser offensichtlich nicht zu sehr auf die Füße treten. Er aber mildet Offiziere aus und trägt Verantwortung dafür, dass das demokratische Leitbild der Bundeswehr den ausübenden Soldaten beigebracht wird.

Badische Zeitung vom 29. Mai 2019



**Appell an den Deutschen Bundestag, die von den Nazis als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“  
Diffamierten und Inhaftierten förmlich als NS-Opfer anzuerkennen.**

Aus gegebenem Anlass erinnert die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz daran, dass Ihre letzte Opfergruppe ‚Kriegsverräter‘ (erst) vor zehn Jahren, am 8. September 2009, politisch anerkannt und rehabilitiert worden ist – nach jahrzehntelanger Verfemung der Opfer der NS-Militärjustiz, vor allem der Fahnenflüchtigen/Deserteure und Wehrkraftzersetzer. Deren Widerständigkeit gegen einen Angriffs- und Vernichtungskrieg wurde von NS-Juristen oft als „staats- und wehrfeindliche Einstellung“ und als Ausdruck „asozialer Persönlichkeit“ bewertet.

Mit Aufmerksamkeit und Interesse haben wir jüngst wahrgenommen, dass der Deutsche Bundestag die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen (19/7736) und FDP (19/8955), mit denen die Anerkennung vom NS-Regime als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ diffamierte ehemalige KZ-Häftlinge als NS-Opfer gefordert wird, erstberaten hat. Am 4. April 2019 wurden die Anträge an die zuständigen Bundestagsausschüsse überwiesen. Eine überfraktionelle Einigung über die geforderte politische Anerkennung dieser Menschen als „Opfer des NS-Unrechts“ und damit die förmliche Feststellung durch den Deutschen Bundestag, dass an Ihnen nationalsozialistisches Unrecht verübt wurde, steht noch aus.

**Beirat und Vorstand unserer Bundesvereinigung nehmen dazu wie folgt Stellung:**

1. Das Vorenthalten der förmlichen Anerkennung vorgenannter Gruppen von Häftlingen als NS-Opfer weckt oder bestärkt objektiv, d.h. gewollt oder ungewollt, den Eindruck, sogar KZ-Haft sei (für diese zehntausende Häftlinge) kein nationalsozialistisches Unrecht und somit für bestimmte Delikte „rechtfertigbar“ gewesen. 75 Jahre nach Ende des Nazi-Regimes ist im Deutschen Bundestag die Klarstellung überfällig, dass kein Mensch mit Recht in ein NS-Konzentrationslager verschleppt, dort legitim gequält oder gar ermordet wurde. Wir erinnern daran, dass nach dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZStiftG) aus dem Jahr 2000 *alle KZ-Häftlinge* eine Leistungsbeziehung hatten. Dem muss jetzt ihre förmliche Anerkennung als NS-Opfer folgen. Wie anderen Opfergruppen des NS-Regimes gebührt ihnen und ihren Angehörigen Achtung und Mitgefühl.

2. Gerade weil die vom Nazi-Jargon geprägten Begrifflichkeiten „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ bis heute umgangssprachlich diskriminierend verwendet werden, bedarf es der expliziten politischen Anerkennung dieser NS-Opfergruppen durch Bundestag und Bundesregierung. Die geforderte politische Anerkennung ist der - von uns sehr begrüßten - wissenschaftlichen Aufarbeitung und didaktischen Vermittlung dieses komplexen Themas förderlich. Publikationen und/oder Ausstellungen im Raum der Gedenkstättenarbeit stellen notwendige Konsequenzen einer sehr späten Anerkennung damals gesellschaftlich randständiger Menschen dar, können aber kein Ersatz für die Anerkennung dieser NS-Opfer sein. Sie wurden in Konzentrationslagern mit schwarzen und grünen Winkeln gekennzeichnet.

3. Wir regen zudem an, in den Beratungen des Deutschen Bundestages die Aussage der aktuellen Koalitionsvereinbarung (S.168) zu verwirklichen: **„Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir anerkennen und ihre Geschichte aufarbeiten.“** Aus unserer Warte wird damit nicht nur die wichtige Aufgabe des Gedenkens und Erinnerns erfüllt, sondern auch politische Glaubwürdigkeit vertrauensbildend vermittelt.

Bremen, zum 5. Juli 2019, im Gedenken an Ludwig Baumann

gez. Prof. Dr. Wolfram Wette  
i.V. Wissenschaftlicher Beirat

Günter Knebel  
i.V. Vereinsvorstand

Vorsitzender:  
Ludwig Baumann (\* 13.12.1921, † 5.07.2018)

Wissenschaftlicher Beirat  
Ehrenvorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /  
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /  
Beisitzer: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /  
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /  
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.

Schriftführer: Günter Knebel  
E-Mail: [Info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](mailto:Info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de)

Nachkriegszeit: Verdrängt, vertuscht, geschönt

Kampf gegen das Vergessen

Jahrzehntlang ist verdrängt worden, was in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs geschehen ist – auch in Coburg und Kronach. Horst Mohr leistet einen Beitrag zur Aufklärung.

Von Wolfgang Braunschmidt

Hassenberg/Nordhalben – Horst Mohr ist 1945 in der Stoffelantle bei Nordhalben geboren. Nachdem er sein Abitur in Kronach abgelegt und seinen Wehrdienst abgeleistet hatte, fand er in Berlin seinen neuen Lebensmittelpunkt. Den Kontakt zu seiner alten Heimat hat er nie abgebrochen. Und so wunderte er sich bei einem Besuch in Nordhalben, dass am Hang, an dem er als Junge immer Sit gefahren war, das Baum mit Resten eines hölzernen Kreuzes und Zinnschlosschloßern gefüllt worden war. An wen das Kreuz erinnerte, war in Nordhalben angeblich unbekannt. Nur so viel war zu erfahren: Am Baum set ein unbekannter Soldat in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs vom einem fliegenden Sturzgeschütz hängend geblieben war. Selbst bis in das Jahr 2013 hinein hielt sich diese Version der Geschichte, die Horst Mohr nicht mehr los ließ.

Als zum 70. Jahrestag der Besetzung Nordhalbens am 14. April 1945, bei der 13 Zivilisten getötet wurden, ein Zeitungsbericht erschien, traf Horst Mohr die Entscheidung, sich für die Sache nach. Kannte den Soldaten wirklich niemand? Der Besatzungssoldat in Gemeindefacharchiven, in den Staatsarchiven Bamberg und Coburg, beim Bayerischen Landesministerium und beim Hauptstaatsarchiv München.

Übersuchungen gab es zum Ende September 2011: Zunächst machte der Vollstund Deutsche Kriegsgefangenen in Bayerns Unterlagen zugänglich, nach denen es sich bei dem Besatzungssoldaten nicht um einen namenlosen Soldaten handelte, wie es Nordhalbern glauben machen wollten, sondern um Willibald Frischmann aus Wiesau. Das war nicht nur dem Pionier spätestens seit 1945 bekannt, sondern auch der Gemeinde in Frankenwald. „Dem im Jahr 1951 unterzeichnete der damalige Bürgermeister Lorenz Stumpf am 16. August für den Kronacher Bezirksrat.“



Horst Mohr, der in Nordhalben aufgewachsen ist und heute in Berlin lebt, erforscht die Todesmärsche durch das Coburger Land und den Frankenwald. Bei seinen Recherchen, die ihn auch zur Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen in Brandenburg führten, ist er auf die Geschichte des vom Nazi-Regime verfolgten Kurt Höfer gestoßen, der in Hassenberg an einer Selbstbefreiung von Häftlingen beteiligt war.

Foto: Heitor Bachmann/Agfa

1945, Einzelgrab III, Wertel, 6. Reihe, Grab Nr. 124, Heimatschrift Wien XII/82, Schönbrunnstraße Nr. 204/21. „Der Gemeindevorstand hier wegen Fahnenflucht standrechtlich erschossen. Seine Ehefrau hat Kenntnis davon“, schreibt Stumpf. Am 15. Januar 1958 schickte sich die Gemeinde Nordhalben mit der Verlegung des Leichnams von Willibald Frischmann in die Kriegsgräberstätte Trenchthilingen einverstanden. Im

ednet werden wollen, was in den letzten Tagen von Nazi-Deutschland in der Region geschehen ist. Es geht um Hinrichtungen, Todesmärsche und Zwangsverlegungen. Rund 3000 Stunden hat der Besitzer bislang in seine Recherchen investiert. Auch wenn er auf viele seiner seit 2015 geschriebenen Briefe an Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie Pfarrämter keine Antworten erhalten hat, um den Weg der Todesmärsche von Kriegsgefangenen und Juden durch das Coburger und Kronacher Land zu dokumentieren: Immer wieder ist der frühere Gewerkschaftsleiter in Briefen in Archiven auf neue Spuren gestoßen.

Zum Beispiel in den Arolsen Archives. Sie sind ein internationales Zentrum über NS-Verfolgung mit der weltweit umfassendsten Sammlung von Unterlagen zu Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus. Dort findet sich Dokumente aus Untersuchungen, Biberbach, Zedendorf, Leutendorf, Bellheim, Miwitz und Hassenberg. Einhand sind sie auf Anweisung der Alliierten. Bürgermeister der französischen Gemeinden mussten

zu „Evaluierungskriterien aus KZ-Lagern“ einen Fragebogen ausfüllen. Der Hassenberger Bürgermeister Louis Wölber schickte darin am 3. April 1947 an das Landratsamt Coburg „einer sind durch meine Gemeinde keine Evaluierungskriterien aus KZ-Lagern gekommen, doch wurde am 9. April 1945 ein Teil des KZ-Lagers Oranienburg bei Berlin nach hier verlagert, um hier „liquidiert“ zu werden. Dies wurde durch die Bevölkerung verhindert, und die ehemaligen Häftlinge (28 Personen) machten sich nach dem Einbruch der Amerikaner am 13. April 1945 zum Teil hier insulag, zum Teil gingen sie in ihre Heimatorte zurück. Zur Zeit befinden sich noch vier ehemalige Häftlinge in meiner Gemeinde, deren Personalien auf dem letzten Gemeindevorliegen.“

„Diese Aussage ist mir sofort ungläubig erschienen“, sagt Horst Mohr. Deshalb hat er in Sonnefeld und Miwitz nachgeforscht und in der Gedenkstätte Sachsenhausen nachgedacht. Schließlich wurde klar: Die Angaben des Bürgermeisters waren falsch. Nicht die Hassenberger hatten die Tötung der Gefangenen verhindert. Dies hatten sich selbst

befreit. Mit dabei war der ehemalige Spanienkämpfer Kurt Höfer aus Chemnitz. Der bekennende Kommunist hatte seit 1937 als Partisan in „Thälmann“-Bataillon der XI. Internationalen Brigade gekämpft. Im Februar 1939 überschritt er die Grenze nach Frankreich und wurde im April 1941 an Deutschland ausgeliefert. Er kam in das Konzentrationslager Sachsenhausen in Brandenburg, bevor er von den Nazis mit anderen Gefangenen zum Ende des Zweiten Weltkriegs nach Hassenberg verschleppt wurde.

Die Geschichten des Soldaten, der in Nordhalben ermordet wurde, und des Nazi-Gegners Kurt Höfer zeigen, so Horst Mohr, dass es zur Zeit des verbrecherischen „Dritten Reiches“ auch im Coburger Land und im Frankenwald noch viele offene Fragen gibt. Ihnen will er nachgehen – wider das Vergessen. „Vieles, was damals geschehen ist, ist über Jahrzehnte bewusst verdrängt worden. „Seltsam, wie wenig Erinnerung dazu in den Gemeindefacharchiven vorhanden ist“, sagt Horst Mohr. Er wird seine Arbeit fortsetzen, auch wenn das manchmal nicht gefallen mag.



99 Seltsam, wie wenig Erinnerung in den Gemeindefacharchiven vorhanden ist. 66 Horst Mohr

Umsetzungprotokoll aus Arnburg vom 25. Februar 1959 wird das bestätigt. Im Heimatkundlichen Jahrbuch des Landkreises Kronach von 2016 hat Horst Mohr diese Geschichte erzählt. Warum er darauf verzichtet? Weil bis heute Menschen im Coburger und Kronacher Land nicht daran

Dramatische Stunden in Hassenberg

Kurt Höfer wird mit weiteren Häftlingen des KZ Sachsenhausen ins Steinnacht verschleppt. Hier kann er sich selbst befreien.

braunte Wäffe zu organisieren. Die Pläne wird nachgearbeitet, neu geübt, unbrauchbare Teile werden erneuert. Und: Die Männer planen ihre Flucht. Doch daraus wird nichts. Sie erfahren von einer Sekretärin, zu der sie ein gutes Verhältnis aufgebaut haben, dass ein Teil der Reichsforstschungsanstalt im brandenburgischen Sachsenhausen, in der sie interniert sind und arbeiten müssen, verlagert werden soll: nach Hassenberg im Steinnacht.

In seinen Erinnerungen beschreibt Kurt Höfer, wie der Häftlingstransport an der Unterschlupf in dem Dorf ankommt, das heute zur Gemeinde Sonnefeld gehört: „Ein kastenförmiges, dreistöckiges Fährschiff, ursprünglich zum Schloss gebauert und nicht gerade einladend aussehend, sollte also unsere letzte Station vor der Freiheit sein.“

Am 11. April 1945 läuft die Schar in Hassenberg auf Luftkamm. „Nun hielten wir unsere Stände frei bekommen und festeten den für unsere Freiheit erforderlichen Beschluss.“ Heinz Raschke, Rudolf Carius, Victor Melzer und Kurt Höfer treten, ohne anzuklopfen in das Zimmer des SS-Arzt und Kurt Höfer treten, ohne anzuklopfen in das Zimmer des SS-Arzt und Kurt Höfer treten, ohne anzuklopfen in das Zimmer des SS-Arzt



Kurt Höfer. Foto: Heitor Bachmann/Agfa

nach im Zimmer anwesende SS-Mann vom ehemaligen Postschicht wusste, dass der Krieg bald vorbei ist und wehrte sich nicht. „Einer der Häftlinge bewachte den Unterschlupf stündlich, „den wir unbedeutend den Amerikanern übergeben wollen. Denn wir konnten nicht vergessen, dass sich gerade dieser SS-Mann nicht nur wegen der Gemeindefacharchiven gegenüber, sondern vor allem wegen der Erschießung eines Häftlings ausscheidete. „Auf der Nacht erloschen“ wurde das genannt. Wir wussten, wie das vor sich

der Arbeit in einem Außenkommando die Mitter wegenkommen und dann außerhalb der Postenkette geschoben. Dem Häftling wurde befohlen, seine Mitter zurückzuholen. So bald er aber die Postenkette überschritten hatte, war der „Todesstund der Finst“ erfüllt.“ Schmei

Höfer berichtet fast schon poetisch von einer „angenehmen Frühlingnacht, die erste, seit langen Jahren, in Freiheit“, vom Gespräch „über die Zukunft in einem besseren Deutschland“, und von der Begegnung mit einer zünftigen Frau, die die Männer beschimpft. Denn die KZ-Häftlinge haben sich SS-Uniformen übergestreift und müssen sich von der Punctlosen, die sich Elan Reserven nennt, anhören: „Ach so, ihr seid von der SS, die die Gefangenen vom KZ vor zwei Tagen hierher gebracht haben. Sie sollten sich schämen, Männer, die bestimmt keine Verbrecher, sondern Politische sind, wie Verbrecher zu behandeln. Die Nazis und euer Hitler haben den Krieg schon lange verloren (...). Ja, jetzt, wo die Niederlage des 1000-jährigen Reiches offensichtlich ist, möchten Sie gerne in einem Schachspiel irdischen und Unschuldlosen spielen.“ Höfer verheißt seinen Respekt vor der fruchtlosen Frau nicht.

Am 12. April 1945 treffen Fritz Höfer, Fritz Sammlinger und Erich Ge-

daten. Am 13. April, gegen 10 Uhr, marschieren eine Gruppe im Schlosshof in Hassenberg ein. Den Nazi-Opfern reifen sie die Häftlingsuniformen und den roten Winkel von den Zebrajackets und sagen: „Ihr seid jetzt frei.“ Geschäft haben sie das alleine und Kurt Höfer, der Gruppenführer der kommunistischen Jugend und Mitglied der KPD, er flüchtet nach der Machtergreifung der Nazis 1933 ins damals noch unabhängige Saarland, arbeitete aber weiterhin illegal im „Reich“. 1934 wurde er verhaftet und in ein KZ gebracht. Nach der Entlassung 1935 ging er nach Spanien und wurde von der KPD zu den Internierten rekrutiert. Hier war er Zugführer im Thälmann-Bataillon und Ausbilder spanischer Freiwilliger. Nach Ende des Bürgerkriegs wurde er in Frankreich interniert und in die Nazis ausgeliefert. Nach seiner Selbstbefreiung aus dem KZ Sachsenhausen leitete er nach Chemnitz zurück. Zuletzt war er in führender Stellung bei der DDR-Volkspolizei tätig. Er starb 1980 in Berlin.

Zur Person: Kurt Höfer

Kurt Höfer, 1916 in Chemnitz geboren, war Gruppenführer der kommunistischen Jugend und Mitglied der KPD. Er flüchtete nach der Machtergreifung der Nazis 1933 ins damals noch unabhängige Saarland, arbeitete aber weiterhin illegal im „Reich“. 1934 wurde er verhaftet und in ein KZ gebracht. Nach der Entlassung 1935 ging er nach Spanien und wurde von der KPD zu den Internierten rekrutiert. Hier war er Zugführer im Thälmann-Bataillon und Ausbilder spanischer Freiwilliger. Nach Ende des Bürgerkriegs wurde er in Frankreich interniert und in die Nazis ausgeliefert. Nach seiner Selbstbefreiung aus dem KZ Sachsenhausen leitete er nach Chemnitz zurück. Zuletzt war er in führender Stellung bei der DDR-Volkspolizei tätig. Er starb 1980 in Berlin.

Montag, 16. September

259. Tag des Jahres  
Starrschmerz Jungfrau  
Kammetag Caprin, Eilich, Julia, Johannes, Kammetag

Nachgebilbert

2018 – Bei der Bundes-Weltmeisterschaft im bulgarischen Flotwidr gewinnt der Deutschland-Achter Gold. Der Titelverteidiger kommt vor Australien und Großbritannien ins Ziel.

2009 – Erstmalig haben zwei deutsche Handelschiffe die sogenannte Nordostpassage vor der Küste Sibiriens erfolgreich befahren. Die „Beluga Fraternity“ und „Beluga Foresight“ sparten damit auf dem Weg nach Asien fast 5000 Kilometer gegenüber der traditionellen Strecke durch den Suezkanal.

2004 – Das nach EU-Vorbild neu geschaffene Panafrikanische Parlament beginnt im südafrikanischen Midrand seine Arbeit.

1979 – Zwei Familien aus Thüringen gelingt in einem selbstgebasteten Heißluftballon eine spektakuläre Flucht aus der DDR in den Westen.

1969 – Bei der Leichtathletik-EM (16. bis 21. September 1969) in Athen erhält der aus der DDR in die Bundesrepublik übergewanderte Jürgen May mit Betrieben der DDR Starverband. Aus Solidarität beschließt die bundesdeutsche Mannschaft einen Teilboykott der EM.

1915 – Nach der militärischen Besetzung Mexicos lassen sich die USA durch einen Vertrag beider Regierungen die Hoheit über Mexikos und wirtschaftliche Entwicklung zusichern. Häufig wird damit faktisch zu einem Protektorat der USA.

1620 – Das Segelschiff „Mayflower“ mit puritanischen Auswanderern aus England, den später sogenannten Pilgrims, läuft im südenglischen Plymouth aus und erreicht gut zwei Monate später Nordamerika im heutigen Provincetown auf der Halbinsel Cape Cod (heute im US-Bundesstaat Massachusetts).

Geburtstag

1824 – Lauren B. Call, amerikanische Schriftstellerin („Die schöne Frau“), geb. 2014 Foto: Christian/Agfa

1984 – Katie Michen (35), britisch-georgische Sängerin („Call of The Search“)

1952 – Mickey Rourke (67), amerikanischer Schauspieler („Anby“, „9½ Wochen“)

1944 – Arnd Schenk (75), niederländischer Biophysiker, drei Goldmedaillen bei den Olympischen Spielen in Sapporo 1972

1939 – Brynnon Breytenbach (80), südafrikanischer Schriftsteller („Schwarze Steine“, „Wahre Bekenntnisse eines Afrikaner-Theorikers“) und Maler

Todesstag

2018 – Horst Bonatzky, deutscher Soziologe und Schriftsteller („Der Selbstmörder“), Pseudonym „ky“, geb. 1938

Verhängnisvolles Nickerchen

Sonnefeld – Am Sonntag um 2.10 Uhr informierten Bürger die Polizei darüber, dass auf dem Radweg zwischen Neuenauw und Sonnefeld zwei regungslose Menschen liegen sollten. Vor Ort stellten die Beamten der PI Neuenauw fest, dass es sich um eine 47-jährige Frau und ihr 36 Jahre alter Begleiter auf dem Radweg gemütlich gemacht hatten. Sie lagen unter einer Decke und waren eingeschlafen. Bei der Überprüfung stellten die Polizisten fest, dass gegen die Frau ein Haftbefehl vorlag. Diese Tatsache führte die Dame direkt in die

# Nazi-Held hat ausgedient

Soldaten der Lent-Kaserne in Rotenburg/Wümme haben sich für einen Freiheitskämpfer gegen Napoleon als Namensgeber entschieden. Dafür brauchte es ein wenig Nachhilfe



Künftig soll hier „Düring-Kaserne“ stehen  
Foto: Ingo Wagner

Von Gernot Krübler

Statt nach einem Nazi-Kampfsieger wird die Jägerkaserne in Rotenburg/Wümme künftig wohl nach einem Offizier aus den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Besatzung benannt. Das zumindest haben die Soldaten des Jägerbataillons 91 vorgeschlagen, das in der Kaserne zu Hause ist. Wie die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken ergab, prüft jetzt der Inspekteur des Heeres den Vorschlag. Danach werden noch die Stadt und der Landkreis gehört. Schließlich muss Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) dem Vorschlag zustimmen.

Der jetzt auf den Weg gebrachten Umbenennung ging eine mehrjährige Debatte voraus. Noch vor zwei Jahren sperrten sich die Mehrheiten im Stadtrat, Kreistag und auch die Soldaten gegen eine Umbenennung. Landrat Hermann Luttmann (CDU) mailte der dpa: „Eine Änderung würde nur dazu

führen, dass in weiten Teilen der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entsteht beziehungsweise verfestigt wird, Helmut Lent sei ein Nazi gewesen. Das hat weder er noch seine Familie verdient.“

Allerdings dokumentiert ein Erinnerungsbuch seiner Witwe Lena einen Brief des Geschwaderchefs an seine Jagdflieger-Kommandoure vom August 1944. Darin forderte er sie auf, „in leidenschaftlicher und fanatischer Weise bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen“. Feige Besatzungen müssten ausgerottet werden.

Als Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten war Lent so dekoriert wie Erwin Rommel. Die Brillanten erhielt er für seinen 100. Nachtabschuss als Jagdflieger.

Nach dem neuen Traditionserlass, den die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im März 2018 herausgab, reichte militärische Leistung aber nicht mehr aus, um als Vorbild zu taugen. „Heute kann nur ein soldatisches Selbstverständnis mit

Wertebindung, das sich nicht allein auf professionelles Können im Gefecht reduziert, sinn- und traditionsstiftend sein, weswegen die ‚Lent-Kaserne‘ umzubenennen ist“, antwortete die Bundesregierung der Linken.

Zwar sei es auf Grundlage eingehender Einzelfallbetrachtung grundsätzlich möglich, Wehrmachtangehörige in das Traditionsgut der Bundeswehr aufzunehmen. Die Abwägung müsse aber die Frage der persönlichen Schuld berücksichtigen und „eine Leistung zur Bedingung machen, die vorbildlich oder sinnstiftend in die Gegenwart wirkt, etwa die Beteiligung am militärischen Widerstand gegen das NS-Regime oder besondere Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr“.

Sinn stiften soll jetzt lebender Christian von Düring (1792 bis 1862), ein hannoverscher Forstbeamter und Freikorpsführer. Als im Frühjahr 1813 die Erhebung gegen Napoleon begann, stellte er nach Angaben der Deutschen Biographie auf eigene Faust eine Truppe von

Forstleuten auf und machte bei den beiden Feldzügen mit, die mit der Niederlage Napoleons bei Waterloo endeten.

Nach ein paar weiteren Jahren beim Militär wurde er Forstmeister zu Rotenburg und Northeim. Zwischenzeitlich leitete er die Ausbildung des Kronprinzen Georg von Hannover. In Rotenburg betrieb er umfangreiche Aufforstungen. Zu diesen gehört ein Eichenhain, der heute zum Gelände der Jägerkaserne gehört und in dem Dürings Grabmal steht.

Wohl deshalb findet sich unter den weiteren Namensvorschlägen, die diskutiert wurden, auch „Eichen-Kaserne“ – neben „Graf Yorck von Wartenburg-Kaserne“. So hieß einer der Widerständler vom 20. Juli, aber auch der preussische General, der ohne die Einwilligung seines Königs mit seinem Korps von den Franzosen zu den Russen überlief.

Mit Blick auf Düring sagt die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke): „Die Bundeswehr wird noch ausführen müssen, wovon genau die geforderte ‚Wertebindung‘ des neuen Namensgebers liegt.“ Positiv sei, dass die Ehrung eines Wehrmachtangehörigen, der bis zu seinem Tod für das NS-Regime kämpfte, endlich aufhöre, negativ, „dass die Soldaten am Standort zu dieser Entscheidung von ganz oben gezwungen werden müssten“.

Des Verrats, dass die Wehrmacht im Alltag vor Ort immer noch in gutem Ruf stehe – völlig unverdient, wie Jelpke findet, denn sie sei eine verbrecherische Truppe gewesen, die einem verbrecherischen Zweck gedient habe. „Menschen, die die Wehrmacht glorifizieren, dürfen in Deutschland nicht an die Waffe gelassen werden“, fordert sie.

# „Die Aufklärung musste von außen kommen“

Hannes Heer zeigt in der Urania, wie die Deutschen nach 1945 die NS-Zeit verleugneten. Und der Historiker sieht derzeit eine Rückkehr in Muster der fünfziger Jahre



Die 68er in Bewegung, natürlich wie hier im Mai 1968 demonstrierend. Foto: Wolfgang Kurz

Interview Stefan Reinicke

Was hat Heer, wann begann die Selbstaufklärung der Bundesrepublik über die NS-Zeit? Gibt es ein Schlüsselergebnis?

Hannes Heer: Zwei Schlüsselergebnisse. Das erste war 1956 der Film „Nacht und Nebel“ von Alain Resnais, dessen Aufführung in Cannes von der Bundesregierung verhindert wurde. „Nacht und Nebel“ zeigt, was Vernichtungslager wie Auschwitz und was die Täter waren. Die Bundesregierung fand, dass dieser Film die Freundschaft zwischen dem deutschen und französischen Volk störe. Das hat zu unendlichen Protesten von Künstlern und Intellektuellen in Frankreich und auch in der Bundesrepublik geführt.

Ist es typisch, dass der Antisemitismus von außen kam?

Ja, auch der Eichmann-Prozess 1961 war eine Intervention von außen. Der israelische Geheimdienst hatte Eichmann entführt, der Staat Israel macht Eichmann den Prozess. Eichmann hätte in der Bundesrepublik vor Gericht stehen müssen – aber daran hatte die Bundesregierung kein Interesse. Die Interventionen mussten wegen der Mauer des Schweigens von außen kommen. Ähnlich war es 1977 mit der US-Serie „Holocaust“.

Gab es in den späten 50er Jahren nicht auch in Deutschland Problemlösungen der NS-Zeit – etwa 1959 die Proteste gegen antisemitische Schneierreden in KZln?

Ja, aber das hat die massive Verleugnung der Völkermorde an den Juden und den slawischen Völkern nicht durchbrochen. In KZln wurden die beiden Täter aus einer Neonazi-Partei verurteilt. Das öffentliche Bewusstsein, die Nazizeit als bloßes Zwischenspiel zu behandeln, hat das nicht angekratzt. Für die Adenauer-Republik waren Hitler und die SS die alleinverantwortlichen. Auch die

SPD strabte eine innere Versöhnung mit den Millionen Ex-Nazis an. Die Westdeutschen waren schon Mitte der 1950er Jahre überzeugt, von Hitler erst verführt worden, dann Opfer des Krieges und schließlich auch noch Geschädigte der Besatzungsmächte gewesen zu sein. Es gab zwar dauernd kleinere Skandale. Hier wurde der Chef eines Landakriminalamtes als SS-Schlichter in Minsk enttarnt, dort ein Landesgerichtspräsident als Massenmörder. Aber das Massiv der Verleugnung blieb unerschütterlich.

Und die Sprungmeister waren die 68er?

Das ist komplexer. Die Generation der Kinder der Täter hatte es mit schwierigen und zum Teil mit traumatisierten Eltern zu tun, die mit aggressiver Zurechtweisung oder Abbruch reagierten, wenn man das Thema ansprach. Unsere Generation hat einen gesellschaftlichen Selbstreinigungsprozess ausgelöst. Der hatte zwar irrationale Anteile – es war Rache an den Eltern, eine generationelle Kriegserklärung, die mit der eigenen Identitätsfindung verknüpft war. Wir haben zum Beispiel nur die Täter angeklagt und uns nicht um die Geschichte der ermordeten Juden gekümmert. 68 war eine kollektive Antwort auf ein kollektives Versagen. Der Protest hat, wie es Norbert Elias prägnant formuliert hat, die Wir-Schicht getroffen, die kollektive, durch eine ungeheure Schuld gestörte Identität der Deutschen. 68 hat, trotz aller Pathologien und Neurosen, alle folgenden Geschichtsskandale maßgeblich beeinflusst.

Die 68er waren in Bezug auf die NS-Zeit ambivalent, weil als Aufklärung und Generationenkonflikt verknüpft?

Ja, sicher. Wir waren als Kinder eng verbunden mit unseren Vätern. Ich habe meinen Vater in den 60er Jahren, nachdem ich erfahren hatte, dass er Nazi war, nach dem Warum gefragt.

Er hat mir nie eine Antwort gegeben. Unsere Väter und Mütter haben geschwiegen, und wenn man diesen Erbe, das Schweigen, nicht annahm, gab es Krach. Ich durfte ab 1968 mein Elternhaus nicht mehr betreten und wurde entart.

Die Historikerin Christina von Hodenberg hält die Revolte der 68er gegen die Nazizeit für einen literarischen Mythos, der die Frauen anklammert...

Das ist offensichtlich und hat mit der realen Geschichte nichts zu tun. Neu ist daran nur, dass von Hodenberg den Feminismus benutzt, um die 68er-Bewegung zu diffamieren.

Kann man die Geschichte der Bundesrepublik als saghaften Prozess wachsender Aufklärung über die NS-Zeit beschreiben?

Ja. Die 60er und 60er Jahre sind dafür entscheidend. Der Historikerstreit endet mit der Niederlage von Ernst Nolte und einem Sieg von Habermas' Idee, die universellen Menschenrechte als Grundlage für Demokratie zu verstehen. Das Publikum strömt zu den Lesungen von Viktor Klemperer Tagebüchern. Eine Million Menschen besuchen die Wehrmachtsausstellung. Die Bundesrepublik war bereit, die Tatsache der beiden Völkermorde zu akzeptieren. Dieser Fortschritt wurde aber sofort bekämpft. Martin Wulfers Rede von 1998 mit seinem Lob des Wegwehrens und Verdrängens belegt das ebenso wie der Erfolg von Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“, das den Luftkrieg als Holocaust an deutschen Zivilisten beschreibt.

Es gibt also ein erinnerungspolitisches Rollback?

Ja, die Reihe der Beispiele ist ja länger. Günter Grass schreibt die Novelle „Im Krebsgang“ und insinuieren, dass es Neonazis nur gibt, weil wir die Verbrechen an den Deutschen ignoriert haben. In „Der Untergang“ sind Hitler und Goebbels pathologische Fälle, die dem vernünftigen Ge-

nerden keine Chancen lassen. In „Unsere Mütter, unsere Väter“ hat die Elterngeneration nie etwas mit HJ oder BDM zu tun gehabt und den Völkermord im Osten hat es nie gegeben. All diese Bilder zeigen Deutsche als Opfer. Der Geschichtswissenschaftler der AfD und der offene Neonazismus von Herke knüpfen genau dort an. Wenn Gauland die NS-Zeit „einen Fliegenschiss“ nennt oder erklärt, man dürfe „stolz sein auf deutsche Soldaten in zwei Weltkriegen“, ist das die Rückkehr in die 50er Jahre.

Hilft historische Aufklärung dagegen?

Nicht allein. Man muss den Jüngeren weiterhin vermitteln, was nach 1933 geschah. Aber man muss auch scharf die politisch Verantwortlichen kritisieren, die den Neonazismus, von Wehrportgruppen bis zum NSU, sträflich unterschätzt haben. Und wir brauchen Antifaschismus als Minimumkonsens aller Demokraten und die entsprechende Praxis der politischen Verantwortlichen.



Hannes Heer, Jahrgang 1941, lebt als Historiker und Publizist in Hamburg. Am Sonntag um 11 Uhr in der Urania befasst er sich im Rahmen seiner Vortragreihe „Der Stempel als verlorener Bote“ mit dem Eichmann-Prozess 1961. Am 3. November folgt die Auseinandersetzung mit Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“, am 15. Dezember mit dem „Aufstand gegen die Nachgeneration (1965–1988)“. Die Reihe über die großen deutschen Geschichtsdebatten läuft bis Mitte 2020, der Eintritt ist frei.

## Es spukt wie verrückt

Manuel Muerte beschnürt Geister und Ängste im Ballhaus Ost

Von Jenni Zyka

Er hat die Dialektik drauf: Der Geist, erklärt Hegel, wohnt in der Platonsammlung. Schließlich seien das alles Schallplatten, für die man Begeisterung empfunden habe. Und in der Be-Geisterung kann man das Wort „Geist“ deutlich erkennen.

Der Philosoph besteht aus zwei Pfingpongballaugen, die an zwei Fingern stechen. Die dazugehörige Performerinnen-Hand trägt einen weißen Umhang. Die Premiers von Manuel Muertes „Geister. Séances für das 21. Jahrhundert“ im Ballhaus Ost eröffnet am Donnerstag ein schmales, in Weiß gekleidetes Medium. Entrückt starrt es ins Publikum, schreibt etwas auf Zettelchen, bindet sie an rote Wollfäden und hängt sie in Glasfächern. In den Fächern wohnen, natürlich, Geister. Später wird Manuel Muerte Menschen aus dem Publikum bitten, Fragen an diese Geister zu stellen. „Wie geht es meiner Oma?“, will einer wissen. Und der Geist, der antworten möchte, meldet sich eifrig – er bewegt einen Zettel in einer Flasche, die Geisterhand bringt ihn ohne äußeren Einfluss zum Schwingen! Muerte pulst den Zettel heraus und liest die Antwort vor. „Hier drüben geht es ihr sehr gut!“ Das Medium hat also erstaunlich präzise Arbeit geleistet.

Magie und Geisterwesen hängen zusammen. In seiner öffentlichen Séance mit der Zauberer Manuel Muerte formidablen Tricks mit Spiritus (nicht Trinkspiritus!) zu einem reichenden, blitzenden und Elektroplasma speckenden magischen Cocktail. Gedanken werden gelesen (und bei Google wiedergefunden), Menschen werden allein per Telepathie berührt, Tische fliegen, und Hivits, die beste unsichtbare Freundin des Mediums, zuzusetzt mit dem vierköpfigen Cast: Auf der singenden Säule, einer Hebung, einer Stahlfeder und einem Rohr interpretieren vier Menschen und ein Geist eine strende und surmende Schauer-Symphonie. (Das Medium ist übrigens Gina V. D'Orion, verrietere Ex-Performerin der Band Cobra Killers.)

Dass Geister im 21. Jahrhundert aber vor allem aus gespenstischen Gedanken der Abgrenzung, des Fremdenhasses, der Angst bestehen, zeigt das Ensemble in einer Mischung aus Gruppentherapie und Teufelskult: Die Zuschauer\*innen schreiben ihre Ängste auf die mit Papier belegte Bühne. Die Performer\*innen raffen das Papier danach zusammen, knäueln es zu einer „Angstfigur“, einem zusammengeballten weißen Wesen, das kurz darauf das Medium anflutet. Später liegt das Angstglocknerat auf dem Boden – doch zum entzweiten kleine weiße Einzelgänger, schäbische Gedanken, die zunächst hinter einem Geschwornen hervorkiffeln und dabei von Versuchungstheorien und Islamfeindlichkeit murren, und als alle im Publikum sicher sind, sie hätten den Trick durchschaut, flutet einer der Gedanken plötzlich komplett autark durch das gesamte Raun und flüstert Gruseliges: Wie macht er das? Und wie kriegt man diese verdammten Geister, die am besten im Internet gelehren, endlich ruhig! Vielleicht sollte man es einfach mal mit einer soliden Ausreibung versuchen.

„Geister“, Ballhaus Ost, 19. und 20. 10., 20 Uhr

Housing the Human Festival  
18. 10. 2019  
19. 10. 2019  
radialsystem.de

8. 17.11  
KLANGWE  
RKSTATT



**Stadtrundgang Waldkirch-Kollnau am Sonntag, 13. Oktober 2019, 14 Uhr, zum Thema:  
„Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Kollnau“  
Beitrag von Prof. Dr. Wolfram Wette, Waldkirch-Kollnau, Am Moosrain 1**

Heute können wir nicht über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Kollnau sprechen, ohne uns mit den aktuellen Gefährdungen unserer Republik durch Angriffe von rechtsradikaler Seite auseinanderzusetzen. Wer ein Gespür für politische Entwicklungen hat, dem drängt sich aktuell die bedrückende Einsicht auf: Unsere Republik hat am 9. Oktober 2019 eine Zäsur erlebt. Unsere Republik ist eine andere geworden.

Wir wurden Zeitzeugen eines antisemitischen Terrorakts in Halle gegen die dortige jüdische Gemeinde, die sich an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag des Jahres, zum Gottesdienst versammelt hatte. Der Täter war ein deutscher Rechtsextremist. Er hatte den Terrorakt von langer Hand geplant. Er wollte so viele Juden wie möglich töten. Das war er wieder, der mörderische, eliminatorische Antisemitismus der Nazi-Zeit. Zu den Vorbildern des Attentäters von Halle gehörten der Norweger Brevik und der australische Attentäter von Christchurch in Neuseeland und andere, wahrscheinlich auch die NS-Täter. Sie alle waren vollgepumpt mit Verschwörungstheorien, mit Hass auf andersartige Menschen und mit dem Willen zur Gewaltanwendung, zum Massaker.

Der Halle-Attentäter unterschätzte die Sicherheitsvorkehrungen an der Synagoge in Halle. Sonst würden die etwa 50 Teilnehmer des Gottesdienstes nicht mehr leben. Und weltweit hätte es die Schlagzeile gegeben: „Antijüdisches Massaker in Deutschland“. So oder so sind Erinnerungen an die Nazi-Zeit ausgelöst worden. Gerade wir Geschichtsarbeiter müssen erkennen, dass wir mit der viel gelobten Erinnerungskultur zwar viele Menschen erreicht haben, aber eben längst nicht alle.

Gebetsmühlenartig wiederholen Sicherheitsbehörden und Politiker bei rechtsradikalen Vorkommnissen: Es war ein Einzeltäter. Da können rechtsradikale Netzwerke in der Bundeswehr und in der Polizei aufgedeckt werden, befremdliche Zurückhaltung von Verfassungsschützern und Staatsanwälten bei der Verfolgung angeprangert werden: Immer ist die Rede vom bedauerlichen Einzelfall, den man vollständig aufklären wolle. Aber es geschieht zu wenig!

Wer wirklich aufklären will, muss den Humus untersuchen, auf dem Rechtsradikalismus gedeiht. Auch der Attentäter von Halle nahm die rechtsradikale Propaganda der AfD wahr. Er glaubte den „gelstigen Brandstiftern“ und hielt nun den Tag X für gekommen, den Zeitpunkt für die heroische Tat.

Die AfD-Oberen wollen diesen Zusammenhang jetzt kleinreden. Aber erinnern wir uns: Gauland bezeichnete die NS-Zeit als einen „Vogelschiss“ in der langen deutschen Geschichte. Damit wurden Diktatur, Weltkrieg und Judenmorde kleingeredet, zu einem Dreckfleck in der Geschichte gemacht, den man rasch mal abwischen konnte, um dann wieder stolz auf die deutschen Soldaten zu sein, die natürlich trotz aller Verbrechen „sauber“ geblieben waren. Höcke verunglimpfte das Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden in Europa zum Schandmal und forderte eine komplett neue Erinnerungskultur, in der es um die schönen Seiten der deutschen Geschichte gehen sollte. Schüsse gegen Flüchtlinge wurden in der AfD nicht ausgeschlossen. Der Hass gegen Fremde und gegen Politiker, die in Deutschland angeblich eine „Umvolkung“ betreiben, vervollständigen das Bild von einer inhumanen

rechtsradikalen Weltansicht, die den Humus auch für rechten Terrorismus der Gegenwart bildet. Schon immer gingen den Taten die Worte voraus, oder umgekehrt: Schon immer bereiteten Worte den Weg zur Tat. Auch das kann man aus der Geschichte lernen.

Was geht uns das an? Waldkirch ist nicht Halle, nicht Chemnitz, nicht Dresden, nicht Hoyerswerda. Um kurz abzuschweifen: Ich habe noch im Ohr: Karl Jäger ist dich in Schaffhausen geboren. Und was hat Waldkirch mit Litauen zu tun? Gewiss: Es gibt in den Neuen Bundesländern andere Rahmenbedingungen für den Rechtsradikalismus als etwa im liberal getönten Südwesten unserer Republik. Die AfD-Aussteigerin Franziska Schreiber hat darüber vor kurzem sehr anschaulich in Waldkirch berichtet.<sup>1</sup> Für Viele ist das Waldkirch der Gegenwart ein Synonym für „heile Welt“. Und da ist ja auch etwas dran. Denken wir nur an die Vollbeschäftigung und die landschaftliche Schönheit des Elztals.

Aber gab es nicht auch hier in Waldkirch bei der Europawahl am 26. Mai 2019 687 Stimmen für die AfD (= 6,7 %)?<sup>2</sup> Leider wissen wir nicht, was diese Menschen denken. Sie outen sich nicht, stellen sich keiner Diskussion. So sind wir darauf angewiesen zu vermuten, dass es sich um Geschichtsignoranten handelt. Ich muss bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass fast die Hälfte der Waldkircher Stadträte am 21. November 2018 der finanziellen Förderung unseres Buches „Hier war doch nichts! Waldkirch im Nationalsozialismus“ ihre Zustimmung verweigert hat. Wir baten die größte Nein-Sager-Fraktion am Jahresanfang darum, uns ihre Motive für das Versagen dieser Anerkennung zu erläutern. Bisher war dazu noch kein Termin frei. Wir können daher nur vermuten: Sie wollen die Aufklärung über die lokale NS-Geschichte noch immer nicht – 80 Jahre nach der Kriegsentfesselung von 1939, wahrscheinlich, weil sie zu konkret ausfallen könnte. Aber die Wirklichkeit ist nun einmal konkret!

In unserer Stadt haben wir ein lockeres Bündnis „HaltZusammen. Waldkirch mit Mitmenschlichkeit und Toleranz“. Nach „Halle“ sollten wir diese Vereinigung aktivieren. Insgesamt ist ein Politisierungsschub gegen rechts erforderlich. Der Politsprech vom „Tag der Scham und Schande“ ist richtig, ebenso Opfergedenken und Mahnwachen. Aber wir müssen m.E. auch im lokalen Bereich verstärkte Überzeugungsarbeit leisten. Wir müssen potentiellen AfD-Wählern klar zu machen versuchen, wohin der Weg zu führen droht, den diese – als bürgerlich-konservativ getarnte – Partei weist. Wir sollten uns auch beschäftigen mit der Justiz, der Polizei, der Bundeswehr und dem Verfassungsschutz und deren Verhalten angesichts der Gefahren von rechts. Aus der Beschäftigung mit der Nazi-Zeit wissen wir, dass nicht nur die Täter gefährlich sind, sondern kaum minder die Mitläufer. Ohne sie hätten die Täter nicht morden können.

Zum Schluss: Durch aktive Aufklärungsarbeit vor Ort, so hoffe ich, können wir den geistigen Brandstiftern von rechts wenigstens einen Teil ihrer potentiellen Mitläufer abspenstig machen.

Gez. W Wette, 13.10.2019

<sup>1</sup> Vgl. Franziska Schreiber: Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin. München 3. Aufl. 2018.

<sup>2</sup> Ergebnisse der Europawahl im Kreis Emmendingen. In: Badische Zeitung, Kreis Emmendingen. 27.5.2019, S. 23.

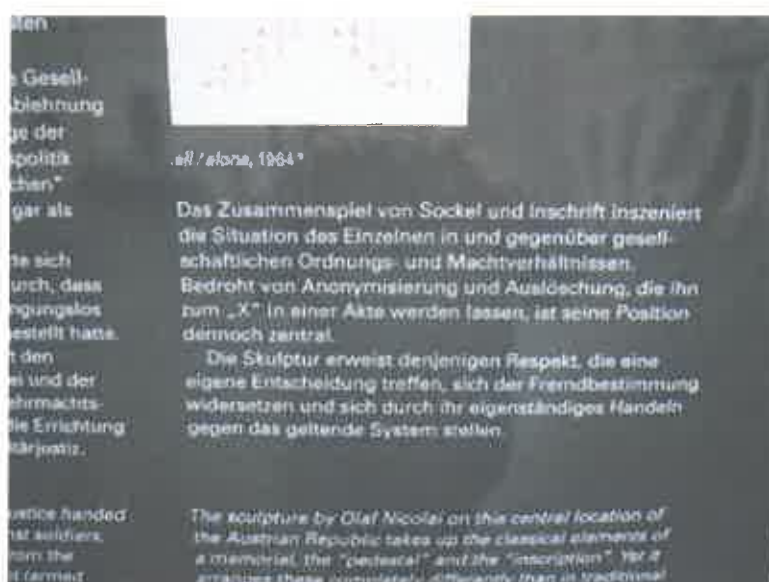
## Festveranstaltung anlässlich Richard Wadani's Desertion vor 75 Jahren

Kurzbericht von Günter Knebel, Information zur Jahresmitgliederversammlung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz am 27. November 2019 in Bremen

Der beigefügten Einladung von: **Thomas Geldmacher**, Obmann des Personenkomitees »Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz«, (im Foto mit Mikro als Moderator)



die mich am 20. September 2019 erreichte, bin ich sehr gern gefolgt. Ging es doch darum, mit dieser Festveranstaltung zu würdigen, dass Richard Wadani vor 75 Jahren aus der Wehrmacht desertierte und zu danken für sein späteres unermüdliches Engagement als Deserteur. Diese Idee einer „Geburtsstagsfeier“ erschien mir so genial und überzeugend wie der Veranstaltungsort, an dem sie stattgefunden hat: Am Mittwoch, 16. Oktober 2019, von 17 – ca. 18 Uhr am Ballhausplatz, beim Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz in 1010 Wien. Hier ein erinnerenswürdiger Auszug aus der Erläuterungstafel zum Denk-Mal, das zwischen dem unmittelbar benachbarten österreichischen Bundespräsidial- und Kanzleramt liegt:



**Aus dem Text der Einladung:**

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

vor 75 Jahren, in der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 1944, desertierte Richard Wadani in der

Nähe von Aachen aus der Wehrmacht. Er verließ gegen drei Uhr früh seinen Wachposten, ließ seine Waffen zurück, überquerte das verminte Niemandsland zwischen den großdeutschen und den alliierten Streitkräften und ergab sich der US Army. Bis Ende 1945 diente er in der Zweiten Tschechischen Brigade der britischen Armee.

Richard Wadani hat – Im Gegensatz zu zehntausenden „Fahnenflüchtigen“ – überlebt. Der Zweiten Republik, die den Wehrmachtsdeserteuren wenig wohlwollend gegenüberstand, war er ein beständiger Stachel im Fleische.

Und was Richard Wadani – mit seiner Beharrlichkeit und unterstützt vom Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ – gegen mitunter massive politische Widerstände erreicht hat, kann sich sehen lassen:

2005 beschloss der österreichische Nationalrat das Anerkennungsgesetz.

2009 beschloss der österreichische Nationalrat das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz.

2010 beschloss die erste rot-grüne Wiener Stadtregerung die Errichtung eines Denkmals für die Verfolgten der NS-Militärjustiz.

2014 wurde dieses Denkmal am Ballhausplatz vom damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer feierlich seiner Bestimmung übergeben.

Wir wollen den 75. Jahrestag von Richard Wadanis Desertion nützen, um am Ballhausplatz, vor dem Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz Rückschau zu halten, in die Zukunft zu blicken und ein wenig zu feiern.“

Es haben gesprochen:

- **Terezija Stoisits**, langjährige Unterstützerin und Ehrenmitglied des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“



- **David Ellensohn**, Klubobmann der Grünen Wien



und - Katharina Stemberger las aus Richard Wadanis Biografie „Da habe ich gesprochen als Deserteur“.



Für die musikalische Umrahmung sorgten Albert Diabaja und der Chor TrotzAlledem.



Die von Thomas Geldmacher moderierte Veranstaltung, zu der etwa 100 Teilnehmer/Innen gekommen waren, wurde mit einer Video-Kamera aufgenommen. Eine komprimierte Wiedergabe aller Inhalte (44'10") ist ONLINE auf- und abrufbar unter dem Link

<https://www.youtube.com/watch?v=HRS5fCtwD9I>

**Mein Teilnahmefazit:** Die von den Wiener Freunden gefundene Form, Richard Wadanis Desertion und sein Engagement als Deserteur zu würdigen, erscheint mir vorbildlich anregend. Den persönlichen Bruch und Ausstieg aus der verbrecherischen Wehrmacht aus gegebenem Anlass öffentlich zu feiern, sollte auch deshalb Aufmerksamkeit und öffentliche Kenntnisnahme finden, weil bemerkenswerte Teile von Staat, Militär und Gesellschaft mental immer noch wehrmachtbelastet, wenn nicht gar - horribile dictu, wenige Tage nach dem Attentat von Halle - neu „wehrmachtorientiert“ sind. ...

Bremen, 19. Oktober 2019



### Was kann man besseres tun, als den Krieg zu verraten?

#### What better than to betray the war?

Schießplatz Dünnwald – was sagt uns das heute? Am 29. September wurde hier ein Mahnmal eingeweiht, das von den Künstlern Ruedi und Vera Baur gestaltet wurde. Sie sind auch die Gestalter des Mahnmals für die Deserteure am Appellhofplatz. Damit ist schon die historische Bedeutung benannt und die künstlerische Verbindung zwischen beiden Mahnmalen gelegt.

Seit 1887 befand sich in Dünnwald am Kalkweg eine Schießanlage des preußischen Militärs. Sie bestand zunächst aus drei Schießständen. Ab 1899 wurde auf insgesamt sechs Schießständen mit 400 bis 600 Metern Länge geschossen. Heute noch zu erkennen sind die Erdwälle, die die einzelnen Schießbahnen voneinander abtrennten, sowie Reste der Mauer, die am Ende der Bahnen als Kugelfang diente. Nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg wurde die Anlage im Zuge der Entmilitarisierung durch die Alliierten außer Betrieb genommen. Mit der völkerrechtswidrigen Remilitarisierung des Rheinlandes durch das NS-Regime im Jahr 1936 wurde bald auch das Areal am Kalkweg wieder einer militärischen Nutzung zugeführt.

Zunächst nutzte die Wehrmacht den Schießplatz bis 1945 als militärischen Übungsplatz. Er diente aber auch als Ort für die Hinrichtung von Soldaten der Wehrmacht, die von Militärgerichten zum Tode verurteilt worden waren. Mehr als 20 Männer im Alter von 18 bis 40 Jahren wurden hier von 1940 bis 1943 erschossen. Kurz vor Kriegsende wurden in der Nähe des Schießplatzes ein 18- sowie ein 22-jähriger Soldat standrechtlich erschossen. Diese Jugendlichen und Männer wurden Opfer einer von nationalsozialistischen Vorstellungen geprägten Militärjustiz. Sie bezahlten mit ihrem Leben dafür, dass sie sich dem Vernichtungskrieg entzogen oder aus Überzeugung aktiv dem NS-Regime ihren Dienst verweigerten.

Nach 1945 galten die Opfer der NS-Militärjustiz weiterhin als Feiglinge oder Verräter. Ihre Familien wurden oftmals diskriminiert und erhielten keine Hinterbliebenenrenten.

Erst in den Jahren 1998, 2002 und 2009 erklärte der Deutsche Bundestag die NS-Urteile gegen Kriegsdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer, Wehrmachtdeserteure und Kriegsverräter für nichtig.

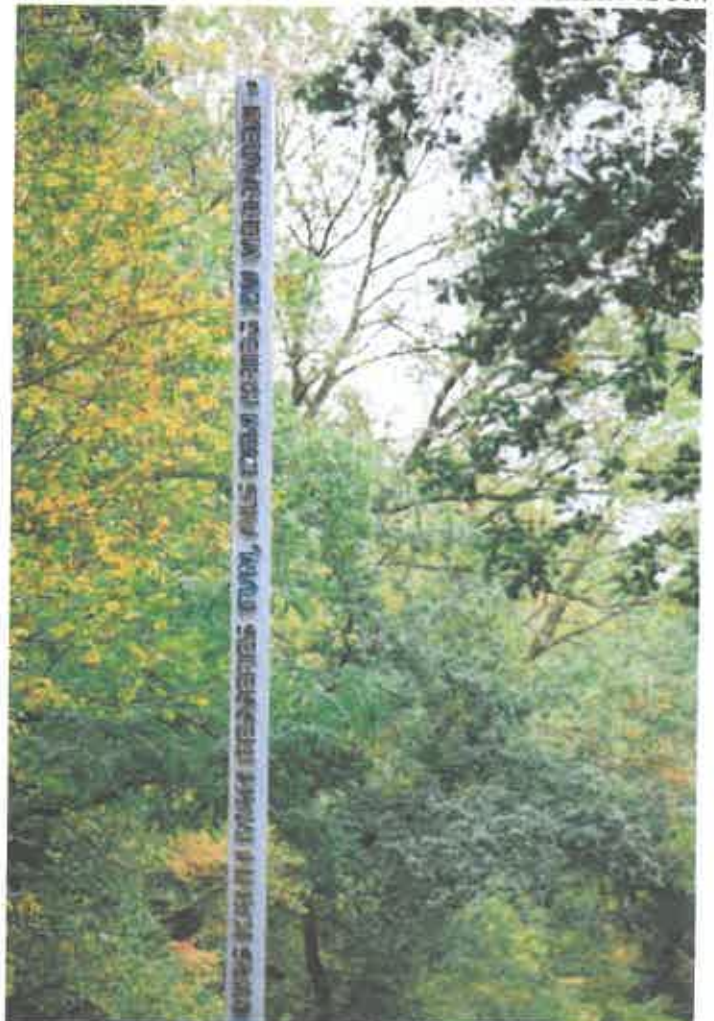
Das Zitat auf dem Mahnmal stammt von Ludwig Baumann (1921–2018), der 1942 wegen Desertion zum Tode verurteilt, begnadigt und in ein Strafbataillon überstellt wurde. Er war der wichtigste Vorkämpfer für eine Rehabilitierung dieser Opfergruppe. Ludwig Baumann war auch Gast bei einer Mahn- und Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2006 in Köln in der Antoniterkirche zu diesem Thema und blieb mit einem eindrucksvollen Auftritt in Erinnerung.



Bei der Einweihung wies Dr. Werner Jung auf die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für das Zustandekommen des Mahnmals hin. Ohne den Dünnwalder Bürgerverein, der mit Wolfgang Corzilius Teil der Initiative für ein Denkmal war, wäre das Mahnmal nicht zustande gekommen. Karola Fings stellte die inhaltliche und historische Verknüpfung zum Deserteursmahnmal am Appellhofplatz her. Auf der künstlerischen Ebene beeindruckt die Parallele zu dem genannten Mahnmal, die man als eine Brücke über den Rhein sehen kann. Die prägnante Formel »Was kann man besseres tun, als den Krieg zu verraten?« entlarvt das Geschwätz von dem angeblichen Verrat und den Drückebergern. Eine späte Genugtuung an einem historischen Ort, den hoffentlich viele Spaziergänger im Wald wahrnehmen werden.

Martin Sölle

Alle Fotos © Jörn Neumann / NS-DOK





**Stellungnahme zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD,  
die von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten als NS-Opfer  
anzuerkennen. (Drs. 19/14342 vom 22.10.2019)**

**Klarstellung nötig, baldige Annahme und glaubwürdige Umsetzung erwünscht!**

**Zum Sachverhalt:** Im Nachgang zu einem 2018 initiierten „Appell“ haben 2019 die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken parlamentarische Anträge (Bundestagsdrucksachen 19/7736, 19/8955, 19/14333) in den Bundestag eingebracht. Deren Ziel ist es, das an den vermeintlich „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ verübte Unrecht als nationalsozialistisches Unrecht und damit als NS-Verfolgung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) anzuerkennen.

Mit Datum vom 22. Oktober 2019 haben nun auch die Fraktionen von CDU/CSU und SPD einen gemeinsamen parlamentarischen Antrag vorgelegt. Damit wird der Deutsche Bundestag I. gebeten, festzustellen, dass die von den Nazis als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten bei der gesellschaftlichen Rehabilitation bis heute „ausgeblendet“ wurden. Mit ihrer Anerkennung als NS-Opfer will der Deutsche Bundestag „diese beiden Opfergruppen stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken und ihnen einen angemessenen Platz in der gesellschaftlichen Erinnerungskultur verschaffen.“ Anregungen, eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung und Information der Öffentlichkeit über das Leid dieser NS-Verfolgten in Form einer Wanderausstellung herbeizuführen, werden aufgegriffen, um in der breiten Öffentlichkeit größeres Wissen herzustellen über das Leid der als „Asozial“ oder „Berufsverbrecher“ Verfolgten.

Im Ergebnis wird II. festgestellt, dass der Prozess differenzierten Erinnerns nicht abgeschlossen ist. „Niemand wurde zurecht in einem Konzentrationslager inhaftiert, gequält oder ermordet. Alle KZ-Häftlinge waren am Ende Opfer des nationalsozialistischen Unrechtssystems – auch Menschen mit dem ‚schwarzen‘ und ‚grünen‘ Winkel.“ Der Deutsche Bundestag will deshalb die Opfergruppen, die von den Nationalsozialisten „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ genannt wurden, zukünftig stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken und ihnen einen angemessenen Platz im staatlichen Erinnern verschaffen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür - in neun Punkte inklusive Entschädigungsleistungen nach den AKG-Härterichtlinien differenzierte Maßnahmen - hinreichende Haushaltsmittel bereitzustellen.

**Bewertung:** Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz begrüßt, dass nach Jahrzehnten politischer Verleugnung das an den „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ verübte nationalsozialistische Unrecht nun endlich als solches anerkannt wird und damit die Betroffenen als NS-Opfer.

Klarzustellen bleibt u.E., dass das an ihnen begangene Unrecht eine nationalsozialistische Verfolgung war. Ohne diesen Status gelten die Betroffenen rechtlich nicht als Verfolgte im Sinne des BEG und erhalten – wie im übrigen auch die Opfer der NS-Militärjustiz oder die Zwangssterilisierten – keine gesetzlichen Entschädigungsleistungen nach dem BEG, sondern allenfalls Härteleistungen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz (AKG). Dies bleibt ein Makel auch des vorliegenden Antrags.

Der Deutsche Bundestag sollte zudem unmissverständlich darlegen, dass sich der Status des NS-Opfers nicht allein auf diejenigen „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ beschränkt, die in ein KZ verbracht worden sind, sondern auf alle Angehörigen vorgenannter Gruppen, denen der NS-Staat Gewalt angetan oder denen er unrechtmäßig Freiheit geraubt hat.

Die Zeitspanne, dass fast 75 Jahre = drei Generationen vergangen sind, bis diese längst überfällige Anerkennung durch den Deutschen Bundestag erfolgt, ist schwer erträglich: Die allermeisten ehemaligen Betroffenen werden durch diese Anerkennung und Rehabilitation nicht mehr erreicht. Die Zahl potentieller neuer Antragsteller dürfte noch geringer sein, als die im Antrag genannten kleinen Zahlen. Weil die Betroffenen selbst kaum noch erreicht werden, wird es für deren Angehörige und die gesellschaftliche Entwicklung umso wichtiger sein, dass die Bundesregierung die im Antrag genannten neun

2

ehemaliger Vorsitzender (1990-2018):  
Ludwig Baumann (\* 13.12.1921, † 5.07.2018)  
Vorsitz aktuell vakant.

Schriftführer: Günter Knebel  
E-Mail: [info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](mailto:info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de)

Wissenschaftlicher Beirat  
Ehrenvorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /  
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wetze, Freiburg /  
Beisitzer: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /  
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /  
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.

**Seite 2** der Stellungnahme vom 4. November 2019 zum Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD, die von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten als NS-Opfer anzuerkennen.

Maßnahmen so nachdrücklich fördert, dass ein würdiges Gedenken an diese NS-Opfergruppen in der Öffentlichkeit und in der staatlichen Erinnerungskultur auch tatsächlich erfolgt. Eine Ausstellung, die die Opfer als Verfolgte in den Mittelpunkt rückt, sollte zugleich auch menschenfeindliche Vorurteilsstrukturen thematisieren und aufzeigen, warum nationalsozialistische Täter ebensowenig Aufdeckung und strafrechtliche Verfolgung befürchten mussten wie Sozialbehörden, die in das NS-Unrecht verstrickt waren.

**Die sozialrassistische und kriminalpräventive Ausgrenzung und Strafverfolgung des NS-Staates, die an diesen Opfergruppen exemplarisch aufgezeigt werden kann, ist jahrzehntelang ausgeblieben und damit konstruktiver gesellschaftlicher Auseinandersetzung vorenthalten worden. Sie verdient gerade heute größtmögliche Aufmerksamkeit, weil rechtsextremistische Gedanken bis hin zu Gewalttaten augenscheinlich auch in Deutschland wieder neuen Aufwind und sogar Zuspruch finden. Auch Vorurteile über „abweichendes Verhalten“ sind in unserer Gesellschaft nicht überwunden.**

Würdiges Erinnern und Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus können und sollten Menschen für strukturelle Ausgrenzung, Ungerechtigkeit und Gewalttätigkeit sensibilisieren. Gilt es doch, die Entstehungsbedingungen für Diskriminierung und staatliches Unrecht zu verstehen, sich frühzeitig gegen Unrecht zu wehren und für deren Opfer Mitgefühl und Unterstützung aufzubringen.

Bremen, 4. November 2019

Prof. Dr. Wolfram Wette  
i.V. wissenschaftlicher Beirat

Günter Knebel  
i.V. Vereinsvorstand